



Jörg Paschedag
Bundesgeschäftsführer

Freie Demokratische Partei

Thomas-Dehler-Haus
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin

T: 030 284958-11
F: 030 284958-12

paschedag@fdp.de
www.fdp.de

An die

Vertreter zum Europaparteitag

der Freien Demokratischen Partei

Berlin, 27. Dezember 2013
Zeichen: bgf-kr

Sehr geehrte Damen und Herren,

beigefügt erhalten Sie die in der Bundesgeschäftsstelle frist- und formgerecht eingegangenen **Anträge** zum Europaparteitag der Freien Demokratischen Partei am 19. Januar 2014 in Bonn.

Sollte Ihnen die **Teilnahme** am Europaparteitag in Bonn **nicht möglich** sein, bitten wir Sie, die Anträge an den von Ihnen bestimmten **Ersatzdelegierten** oder an **Ihren Landesverband** weiterzuleiten.

Alle **Änderungsanträge** zu den Anträgen, die bis spätestens

Mittwoch, 15. Januar 2014, 12:00 Uhr

in der Bundesgeschäftsstelle eingehen, werden in eine Synopse der Änderungsanträge aufgenommen und zu Beginn des Europaparteitages verteilt. Später eingehende Änderungsanträge können erst vor Ort aufbereitet werden. Je früher Sie uns Ihre Änderungsanträge zur Verfügung stellen, desto besser können wir diese für den Parteitag aufbereiten und die Arbeit der Delegierten erleichtern. Unabhängig hiervon können Änderungsanträge jederzeit auch auf dem Europaparteitag gestellt werden.

Ihre **Änderungsanträge** können Sie ab sofort auch **online** einreichen:

Melden Sie sich dazu auf www.meine-freiheit.de an und verifizieren Sie sich als Mitglied. Unter dem Menüpunkt „Programmdebatte“ finden Sie alle Anträge zum Europaparteitag. Wählen Sie dort den zu ändernden Antrag aus und markieren Sie die entsprechende Textstelle. Füllen Sie die vorgegebenen Textfelder mit Ihrem Änderungsantrag aus und klicken Sie auf „speichern“. Sie erhalten eine automatische Bestätigung, wenn Ihr Änderungsantrag im System erfasst wurde.

Selbstverständlich können Sie wie gewohnt auch das **beigefügte Formblatt** verwenden – oder besser noch uns Ihren Änderungsantrag **per E-Mail an antraege@bundesparteitag.de nach dem Beispiel dieser Formblätter** senden. Das Formblatt können Sie unter der vorgenannten Adresse auch als Worddatei anfordern.

**Änderungen bitte kenntlich machen durch Angabe von:
Antragsnummer, Seite, Zeile und gewünschte Änderungen
(ersetzen, einfügen, streichen)**

Sollten Sie nicht die Möglichkeit haben, uns Ihre Änderungsanträge per E-Mail zu schicken oder direkt online einzureichen, übermitteln Sie uns diese bitte auf dem beigefügten Formblatt per Fax an 030-284958-52.

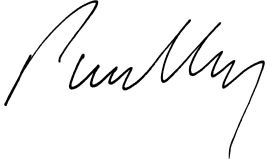
Mit der Nutzung des Antragstools auf www.meine-freiheit.de erleichtern Sie uns und den Delegierten die Arbeit jedoch sehr.

Bitte vermerken Sie unbedingt einen konkreten Ansprechpartner mit Telefonnummer und evtl. E-Mail-Erreichbarkeit für Rückfragen unsererseits.

Falls Sie verschiedene Änderungsanträge stellen möchten, machen Sie dieses bitte jeweils deutlich kenntlich. Hierfür können Sie das **Formblatt** selbstverständlich **kopieren**.

Bitte bringen Sie die Antragsunterlagen mit nach Bonn, wir wünschen Ihnen eine angenehme Anreise.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Paschedag

Anlagen

Vorläufige Tagesordnung Europaparteitag 19. Januar 2014

- 11.00 Uhr Eröffnung des Europaparteitages durch den
Bundesvorsitzenden der FDP
Christian Lindner
- Bericht des Wahlprüfungsausschusses
Feststellung der Beschlussfähigkeit
Wahl des Präsidiums de Europaparteitages
Wahl des Versammlungsleiters gem. EuWG
Wahl der Schriftführer gem. EuWG
Wahl der Zählkommission
Bestätigung der Antragskommission
Benennung von zwei Teilnehmern des Europaparteitages, die die
ordnungsgemäße Wahl an Eides statt zu versichern haben
Wahl der Vertrauensleute für die Bundesliste gem. EuWG
- 12.00 Uhr Bericht des Vorsitzenden des
Vorsitzenden der FDP im Europaparlament
Alexander Graf Lambsdorff MdEP
und Einbringung des Europawahlprogramms
als Leitantrag des Bundesvorstandes
- 12.30 Uhr ggf. Delegiertenbesprechungen
- 13.00 Uhr Wahl der Bewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament
- ggf. weitere Grußworte/Gastredner
- Bericht der Antragskommission
- Beratung und Beschlussfassung über den Leitantrag
des Bundesvorstandes
- ggf. Beratung weiterer Anträge zur Europapolitik
- 18.00 Uhr Schlusswort der Generalsekretärin der FDP
Nicola Beer

EUROPAPARTEITAG DER FDP, BONN, 19. Januar 2014

Seite 1
ÄNDERUNGS-ANTRAG zu Antrag-Nr.

Zeile

1 **Antragsteller:**

2

3

4 Zu Seite ..., Zeile ..., bitte ersetzen/einfügen/streichen

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41



Europaparteitag
der Freien Demokratischen Partei
19. Januar 2014 • Bonn

Anträge

ACHTUNG:

Bitte bringen Sie dieses Antragspaket
mit nach Bonn.

Gerne senden wir Ihnen das Antragspaket zur Nutzung
auf Ihren mobilen Endgeräten auch als PDF.

Bitte wenden Sie sich bei entsprechendem Bedarf an:
antraege@bundesparteitag.de

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 1

Inhaltsverzeichnis

Leitantrag		
L001	Programm zur Wahl des Europäischen Parlaments Bundesvorstand adv. für die Antragskommission	S. 3
Kultur		
700	Abschluss des Europäisch-Amerikanischen Freihandelsabkommens TTIP Bundesfachausschuss Kultur	S. 27
Grundsätzliches		
800	Unser Europa: Mit Augenmaß und Recht vor Macht Landesverband Hessen	S. 29
801	Liberaler Europapolitik ist Zukunftspolitik Landesverband Baden-Württemberg	S. 43

**Europaparteitag der FDP, Bonn
19. Januar 2014**

Seite 2

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 3

Antrag L001

Betr.: Programm zur Wahl des Europäischen Parlaments

Antragsteller: Bundesvorstand adv. für die Antragskommission

Hinweise der Programmkommission zum Leitantrag:

Der vorliegende Text wurde von der Programmkommission zur Sitzung des Bundesvorstandes am 6. Dezember 2013 vorgelegt, mit der Bitte um advokatorische Übernahme zur Einbringung und weiteren Beratung zum Europaparteitag am 19. Januar 2014. Die advokatorische Übernahme durch den Bundesvorstand erfolgte am 6. Dezember 2013.

Eine Präambel und ein Titel zu dem vorliegenden Entwurf werden rechtzeitig vor dem Europaparteitag durch den neu gewählten Parteivorstand vorgelegt, um insbesondere auch eine enge Abstimmung mit der Strategie für die Europawahlkampagne zu ermöglichen.

Der Europaparteitag möge beschließen:

1 Chancen für ein bürgernahes und demokratisches Europa

3 Das Streben der Menschen nach Freiheit ist ungebrochen. Doch das freiheitliche
4 Wertemodell liberaler Demokratien und freier Märkte in Europa gerät unter Legiti-
5 mationsdruck. Es gibt eine Tendenz zur Zentralisierung von Entscheidungen, die
6 immer weiter von den Bürgerinnen und Bürgern entfernt fallen, sowie Unklarhei-
7 ten darüber, auf welcher politischen Ebene die jeweilige Zuständigkeit angeord-
8 net ist. Die Eurokrise hat diese unterschweligen Probleme verschärft und für alle
9 sichtbar an die Oberfläche gebracht. Es ist insbesondere die Aufgabe der poli-
10 tisch Verantwortlichen, die selbst gesetzten Regeln und Maßstäbe zu erfüllen.
11 Dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das europäische Einigungsprojekt
12 wird der Boden entzogen, wenn sie das Gefühl haben, dass sich die EU mit un-
13 nötigen Regeln zu stark in ihre täglichen Lebensgewohnheiten einmischt. Wir
14 wollen ein Europa schaffen, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger wiederfin-
15 den und auf Entscheidungen Einfluss nehmen können.

16 Unser Ziel ist weniger Bürokratie und weniger überflüssige Regulierung – dafür
17 aber mehr Gemeinsamkeit dort, wo wir ein starkes Europa brauchen: Bei Fragen
18 unserer gemeinsamen Währung, im Binnenmarkt, in der Handelspolitik, in der
19 Energiepolitik, in der Innen- und Rechtspolitik sowie in der Außenpolitik. Außer-

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 4

20 halb dieser Kernbereiche wollen wir möglichst viel Spielraum für mitgliedstaatli-
21 che und regionale Regelungen lassen.

22 **Prinzip der Subsidiarität schafft Verantwor-** 23 **tungsräume**

24 Europas Besonderheit ist seine große Vielfalt auf kleinem Raum. Der Reichtum
25 an Geschichte, Sprachen, Architektur, Literatur, Musik, Malerei bis hin zu kulinaris-
26 schen Traditionen ist außergewöhnlich. Diese Vielfalt gilt es zu bewahren, sie
27 macht die europäische Identität aus. Diese steht aber nicht in Konkurrenz zu den
28 jeweiligen nationalen, regionalen oder lokalen Identitäten seiner Bürgerinnen und
29 Bürger, sondern ergänzt diese auf der Basis einer gemeinsamen Werteordnung.

30 Die Europäische Union soll und darf nur dann Aufgaben wahrnehmen, wenn an-
31 dere politische Ebenen die formulierten Ziele nicht in ausreichenden Maß ver-
32 wirklichen können und wenn zudem die europäische Ebene dieses Ziel besser
33 verwirklichen kann. Subsidiarität schafft Verantwortungsräume auf lokaler, regio-
34 naler und mitgliedstaatlicher Ebene.

35 Hierbei sehen wir nicht in jedem grenzüberschreitenden Sachverhalt einen aus-
36 reichenden Anknüpfungspunkt für eine europäische Regelung. Nicht die Mitglied-
37 staaten müssen ihre ausreichende Aufgabenerfüllung nachweisen, sondern viel-
38 mehr erwarten wir, dass die Europäische Ebene in jedem Fall den Nachweis er-
39 bringen muss, dass politische Ziele nicht ebenso gut durch untere Ebenen er-
40 reicht werden können. Europapolitik muss praktische Vorteile für die Bürgerinnen
41 und Bürger bringen.

42 **Maßnahmen zur Stärkung des Subsidiaritätsprinzips**

- 43 • **Subsidiaritätswidrige Vorschläge der Kommission ablehnen:** Wir Libera-
44 len unterstützen ausdrücklich das Vorhaben der Europäischen Kommission,
45 überflüssige Regelungen zurückzunehmen und umstrittene anhängige Vor-
46 schläge daraufhin zu überprüfen, ob sie mit dem Prinzip der Subsidiarität
47 vereinbar sind. Keinen Mehrwert bietet Europa zum Beispiel bei der der nur
48 von wenigen Mitgliedstaaten getragenen Finanztransaktionssteuer oder der
49 Frauenquote in Aufsichtsräten. Wir wollen daher, dass die entsprechenden
50 Kommissionsvorschläge zurückgezogen werden. Auch die Ökode-
51 sign-Richtlinie, die für Glühbirnenverbot und Staubsaugerdebatten verant-
52 wortlich ist, muss zurückgenommen werden.
- 53 • **Hürden für die Subsidiaritätsrüge senken:** Die vorbeugende Subsidiari-
54 tätskontrolle durch die nationalen Parlamente ist zu stärken und weiter zu
55 entwickeln. Für eine erfolgreiche Subsidiaritätsrüge im Sinne des Vertrages
56 von Lissabon müssen sich derzeit innerhalb von acht Wochen europaweit
57 ein Drittel der nationalen Parlamente zusammenschließen. Trotz dieses ho-
58 hen Quorums in sehr kurzer Zeit wäre die Wirkungen lediglich eine Über-

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 5

59 prüfung der Vorlage durch die Kommission. Dies wollen wir ändern und die
60 Frist auf mindestens zwölf Wochen verlängern. Gleichzeitig müssen auch die
61 nationalen Parlamente europafähiger werden. Die nationalen Parlamente
62 sind in der Pflicht, intern verlässliche organisatorische Strukturen aufzubau-
63 en, die es ihnen ermöglichen, angesichts der Fülle der EU-Dokumente ihr
64 Subsidiaritäts-Instrumentarium effektiv zu nutzen. Subsidiaritätsklagen des
65 Bundesrates sollten künftig auch als Minderheitenrecht ausgestaltet wer-
66 den.

67 • **Weiterentwicklung des Ausschuss der Regionen zu einer Subsidiari-**
68 **tätskammer:** Zudem treten wir für die Weiterentwicklung des Ausschusses
69 der Regionen zu einer echten Subsidiaritätskammer ein. Das kann noch
70 besser gelingen, wenn die kommunale Ebene im Ausschuss der Regionen
71 stärkeres Gewicht bekommt, da auch die Kommunen von europäischer Ge-
72 setzgebung betroffen sind.

73 • **Gerichtliche Subsidiaritätskontrolle:** Es ist ein Schwachpunkt der euro-
74 päischen Verträge, dass die nationalen Parlamente zwar die Sinnhaftigkeit
75 und die Verhältnismäßigkeit von Regelungen in Frage stellen, nicht jedoch
76 eine fehlende Rechtsgrundlage in den Verträgen rügen können. Um dem
77 Prinzip der Subsidiarität Rechnung zu tragen, treten wir dafür ein, dass im
78 Rahmen einer Subsidiaritätsklage auch die Frage der Rechtsgrundlage
79 beim EuGH überprüft werden kann.

80 **Für ein vielfältiges und demokratisches Euro-** 81 **pa**

82 Die europäische Integration muss als ein offener Prozess verstanden werden,
83 der von den Mitgliedstaaten und deren Bürgerinnen und Bürgern gewollt und ge-
84 tragen wird. Europa kann stark und attraktiv bleiben, wenn es seinen liberalen
85 Wurzeln treu bleibt, wenn es die Demokratie und das Recht auf allen Ebenen
86 achtet, die Grund- und Menschenrechte schützt, eine den Regeln der Marktwirt-
87 schaft entsprechende Ordnungspolitik verfolgt, wenn es nach Außen geschlos-
88 sen auftritt und zugleich nach Innen seine Vielfalt pflegt und nutzt.

89 Wir wollen die europäische Einigung vertiefen und eine politische Union schaf-
90 fen. Dabei verstehen wir die europäische Integration als einen dynamischen Pro-
91 zess, bei dem man erfolgreiche Integrationsschritte vertieft, weniger erfolgreiche
92 Maßnahmen aber auch wieder rückgängig machen kann. Wir wollen die EU er-
93 folgreicher und wirksamer machen, indem wir sie vereinfachen und auf das We-
94 sentliche konzentrieren. Dazu wollen wir Europa in seinen Kernbereichen stär-
95 ken, in anderen Bereichen können wir uns eine Rückübertragung von Zuständig-
96 keiten vorstellen. Dabei setzen wir künftig auch auf eine dynamischere Integrati-
97 on der verschiedenen Geschwindigkeiten.

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 6

98 Wir Liberalen wollen dass Europa den Weg der Vertiefung weitergeht und dabei
99 zu einer politischen Union mit festen föderalen Grundsätzen, demokratischen
100 Strukturen und einer klaren subsidiären Ordnung wird.

101 Wir setzen auf starke europäische Institutionen. Die Betonung des gemein-
102 schaftlichen Handelns hat in Europa Vertrauen gestiftet. Gemeinsames Handeln
103 ist die richtige Lehre aus der Geschichte. Es stellt sicher, dass Europas Stimme
104 in der Welt gehört wird. Wir wollen modernisierte und transparente europäische
105 Institutionen und die Wiederbelebung der Gemeinschaftsmethode. Denn gerade
106 die Betonung gemeinschaftlichen Handelns hat in Europa Vertrauen zwischen
107 ehemaligen Gegnern, zwischen großen und kleinen, reicheren und ärmeren Staa-
108 ten und Völkern gestiftet. Wir stehen für ein Europa der Freiheit und Vielfalt.

109 **Maßnahmen für ein vielfältiges und demokratisches Europa**

- 110 • **Mehr Raum für verschiedene Geschwindigkeiten in Europa:** Die euro-
111 päische Integration ist bereits heute mit allen 28 Mitgliedstaaten sehr
112 schwierig. Deshalb möchten wir mehr Möglichkeiten für unterschiedliche Tie-
113 fen und Geschwindigkeiten bei der Integration schaffen. Denn Mitgliedstaa-
114 ten, die an der Weiterentwicklung der EU nicht oder nur langsamer teilneh-
115 men wollen, sollen die anderen nicht aufhalten. Wo ein gemeinsames Vor-
116 gehen nicht möglich ist, bewirkt ein Europa der verschiedenen Geschwin-
117 digkeiten politischen Fortschritt, zeitliche Flexibilität und Rücksichtnahme
118 auf besondere nationale Gegebenheiten. Wir wollen ein transparentes Eu-
119 ropa. Die Politik der völkerrechtlichen Nebenabsprachen einiger Mitglied-
120 staaten wollen wir auf ein Minimum beschränken und dort, wo es sinnvoll
121 ist, die Mitgliedstaaten dazu ermuntern, das mit dem Vertrag von Lissabon
122 eingeführte Instrument der verstärkten Zusammenarbeit zu nutzen. Eine so
123 verstandene Integration würde in der EU auch künftig Raum lassen für
124 Großbritannien oder andere integrationsskeptische Länder, ohne dass damit
125 integrationsfreudigere Staaten ausgebremst würden. Ein Europa der ver-
126 schiedenen Geschwindigkeiten darf aber nicht zu einem Europa der Euro-
127 päer erster und zweiter Klasse werden.
- 128 • **Europa durch die Konventsmethode vertiefen:** Erforderliche Vertiefungs-
129 schritte werden nur im Rahmen einer Änderung der Europäischen Verträge
130 möglich sein. Dafür ist die Konventsmethode der richtige und vom EU-Ver-
131 trag vorgesehene Weg. Konkrete Schritte in diese Richtung werden wir
132 nach den Europawahlen angehen.
- 133 • **Zuständigkeiten neu justieren:** Für uns sind Hoheitsübertragungen auf
134 die europäische Ebene keine Einbahnstraße. Dort wo sich eine europäische
135 Zuständigkeit als ineffizient erwiesen oder der historische Zweck nicht mehr
136 gegeben ist, können wir uns Rückübertragungen von Hoheitsrechten vor-
137 stellen. So ist der ursprüngliche Zweck der Landwirtschaftspolitik, die siche-
138 re Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, inzwischen erreicht. In
139 den nächsten Jahren sollten deshalb sämtliche europäische Zuständigkei-

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 7

140 ten einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen werden. In Bereichen,
141 in denen diese Bestandsaufnahme einen europäischen Mehrwert ergibt, so
142 zum Beispiel in der Verwirklichung des digitalen Binnenmarktes, soll die
143 Union gestärkt werden.

144 • **Europäisches Parlament stärken:** Das Europäische Parlament braucht in
145 der Gesetzgebung neben dem politischen auch rechtlich ein Initiativrecht.
146 Zur Wahl des Europäischen Parlamentes sollen die europäischen Parteien
147 mit europäischen Listen und Spitzenkandidaten antreten können. Zudem ist
148 es längst überfällig, dass das Parlament selbst über seinen Sitz entschei-
149 den darf und nicht mehr zwischen zwei Sitzen pendeln muss. Unserer Mei-
150 nung nach reicht ein Sitz in Brüssel.

151 • **Einführung des Prinzips der Diskontinuität bei europäischen Vorhaben:**Wir
152 setzen uns für die Einführung des Prinzips der Diskontinuität ein, wo-
153 nach Rechtsetzungsvorschläge der Europäischen Kommission verfallen,
154 wenn sie zum Ende der Legislaturperiode des Europäischen Parlaments
155 nicht beschlossen wurden. Damit wollen wir die Anzahl der europäischen
156 Initiativen begrenzen.

157 • **Europäische Institutionen besser und effizienter machen:** Wir wollen
158 die Stellung der EU-Kommission als Hüterin der Verträge stärken; dafür
159 muss sie nicht größer, sondern effizienter werden. Deshalb plädieren wir
160 für eine Verkleinerung der Europäischen Kommission um mindestens ein
161 Drittel, wie sie im Vertrag von Lissabon schon angelegt ist. Zudem wollen
162 wir die Weiterentwicklung des Ausschusses der Regionen zur echten Sub-
163 sidiaritätskammer, eine Überprüfung aller europäischen Agenturen sowie
164 die Abschaffung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.

165 • **Zurückweisungsrecht des Ministerrates einführen:** Künftig sollen Mit-
166 gliedstaaten der Europäischen Union mit (qualifizierter) Mehrheit Rechtsset-
167 zungsvorschläge der Europäischen Kommission zurückweisen können,
168 wenn absehbar ist, dass ein Vorschlag politisch chancenlos ist. Dies ver-
169 einfacht und beschleunigt das Verfahren.

170 Chancen durch Bürger- und Freiheitsrechte

171 Die schrecklichen Erfahrungen Europas mit staatlichem Terror und Überwa-
172 chung, Diktatur und Krieg haben ein gemeinsames Bewusstsein für fundameta-
173 le Menschen- und Bürgerrechte geschaffen. Die Europäische Union ist gegründet
174 auf diesen gemeinsamen Werten und Freiheitsrechten. Auch wenn die Charta
175 der Grundrechte der Europäischen Union und der Europäischen Menschen-
176 rechtskonvention diese Rechte garantieren müssen sie täglich wieder verteidigt
177 werden.

178 Enthüllungen über die weitreichenden und demokratisch weitgehend unkontrol-
179 lierten Aktivitäten weltweit agierender Nachrichtendienste unterstreichen dabei,
180 dass eine gemeinsame Antwort aller Europäer erforderlich ist, um die gemeinsa-

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 8

181 men bürgerlichen Freiheitsrechte zu gewährleisten. Bürgerinnen und Bürger dür-
182 fen nicht pauschal unter Verdacht gestellt werden. Deshalb haben wir dafür ge-
183 kämpft, dass die Bankdaten oder Fluggastdaten von Millionen von Europäern
184 nicht anlasslos gesammelt, gespeichert und ohne konkreten Verdacht an Dritt-
185 staaten weitergegeben werden können. Wir fordern die Aussetzung des SWIFT
186 Abkommens und werden weiter für die Sicherung der Bürgerrechte kämpfen.

187 Jenseits der illegalen Überwachung durch Nachrichtendienste stellen uns die
188 technische Entwicklung vor immer neue Herausforderungen: offline wie online
189 müssen die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger respektiert und geschützt
190 werden. Wir sehen die Gefahr nicht nur im staatlichen Handeln, sondern auch in
191 der Datensammlung von privaten Unternehmen. Verbraucher müssen sofort er-
192 kennen können was mit ihren Daten passiert – ein europäisches Datenschutzsie-
193 gel soll Vertrauen schaffen. Die rote Linie ist überschritten, wenn die im Internet
194 hinterlassenen Daten ohne Wissen und Willen des Betroffenen dazu genutzt
195 werden, Verhaltens-, Nutzungs- oder Bewegungsprofile zu erstellen. Ganz gleich,
196 ob zu kommerziellen Zwecken oder im staatlichen Auftrag. Deshalb unterstützen
197 wir ein rasches in Kraft treten der europäischen Datenschutzgrundverordnung.
198 Diese garantiert allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern, dass ihre Daten
199 nicht ohne rechtliche Grundlage in Drittstaaten weitergegeben werden dürfen.
200 Neue technische Möglichkeiten sollen in Europa zu mehr Chancen und Freiheit
201 für die Menschen führen – und nicht zu mehr Überwachung. Dies gilt auch für
202 intelligente Verkehrssysteme und e-call.

203 **Maßnahmen für mehr Bürger- und Freiheitsrechte in Europa**

- 204 • **Europäische Rechtsstaatsinitiative:** Wir wollen unsere gemeinsamen
205 Werte stärken und schützen. Entwicklungen in einzelnen Mitgliedstaaten
206 der EU, ***Ergänzungsmöglichkeit:*** wie zum Beispiel in Ungarn und Bulgari-
207 en, die das Gleichgewicht der politischen Kräfte und die Vielfalt der Gesell-
208 schaft durch einen überzogenen Machtanspruch der Regierung gefährden,
209 treten wir entgegen. Dazu wollen wir eine neue Grundwerteinitiative starten,
210 die eine Verteidigung europäischer Grundwerte in den Mitgliedstaaten
211 durch rechtzeitige Diskussionen ermöglicht, ohne gleich Sanktionen in den
212 Blick zu nehmen.
- 213 • **Keine Vorratsdatenspeicherung:** Die Menschen in Europa dürfen nicht
214 unter pauschalen Verdacht gestellt werden. Ob beim mobilen Telefonat,
215 Versenden von SMS-Nachrichten oder Nutzen von sozialen Netzwerken –
216 die Bürgerinnen und Bürger müssen die Gewissheit haben, dass keine Drit-
217 ten mithören. Wir lehnen jede Forderung nach einer Verschärfung der Vor-
218 ratsdatenspeicherung, etwa indem sie auf die Kommunikationsdaten von
219 sozialen Netzwerken ausgeweitet werden würde, ab und fordern, dass die
220 Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung ersatzlos abgeschafft wird.
- 221 • **Menschen helfen, Grenzen zu überwinden:** Liebe kennt keine Grenzen.
222 Veränderte Arbeitsverhältnisse, ein verstärkter Schüler- und Studentenaus-

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 9

223 tausch und viele andere grenzüberschreitende Begegnungen schaffen
224 neue Herausforderungen für ein europäisches Familien- und Zivilrecht. Hier
225 ist die Europäische Union gefordert, die rechtlichen Voraussetzungen für bi-
226 nationale Ehen, das Adoptionsrecht, gleichgeschlechtliche Partnerschaften
227 aber auch Erb- und Sorgerecht zu schaffen.

228 • **Europäische Forschungsinitiative zur Datensicherheit:** Wir werden uns
229 dafür einsetzen, dass europäische Forschungsmittel gezielt zur Erforschung
230 von Datenschutztechnologien und -infrastruktur verwendet werden. Ziel
231 sollte ein weitestgehend unabhängiges Europa sein, um etwa die Abhän-
232 gigkeit von außereuropäischen Cloud-Anbietern zu verringern und damit die
233 Daten von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen besser zu schüt-
234 zen. Wir wollen einen Raum der Freiheit und Sicherheit für unsere Daten.

235 • **Bürgerrechtsfragen parallel zum transatlantischen Freihandelsabkom-**
236 **men verhandeln:** Wir fordern eine Koppelung des derzeit verhandelten
237 EU-USA-Freihandelsabkommens mit Fragen des Datenschutzes und der
238 Bürgerrechte. Gespräche über ein transatlantisches Freihandelsabkommen
239 ohne ein transatlantisches Datenschutzabkommen machen keinen Sinn.
240 Die Vereinigten Staaten haben an einer Intensivierung der Wirtschaftsbe-
241 ziehungen ein mindestens so großes Interesse wie Europa. Diese starke
242 Verhandlungsposition, mit der Wirtschaftskraft von 500 Millionen europäi-
243 schen Verbrauchern im Rücken, muss Europa nutzen, um Handels- mit
244 Bürgerrechtsfragen neu zu regeln. Dazu gehören auch Fragen der Wirt-
245 schaftsspionage.

246 • **Verbot der Spionage innerhalb der EU:** Auch wenn der Blick derzeit vor
247 allem auf die amerikanischen Ausspähaktivitäten gerichtet ist, sollten wir
248 insbesondere auch auf die Dienste unserer europäischen Partner schauen.
249 Wir erwarten hier ein starkes Auftreten der EU-Kommission gegenüber Mit-
250 gliedstaaten wie Großbritannien, die andere Staaten und ihre Bürger aus-
251 spähen. Wir fordern mindestens ein europäisches Anti-Spy-Abkommen auf
252 Ebene der europäischen Verträge und eine völlige Aufklärung über die bis-
253 herigen Aktivitäten, notfalls auch im Rahmen eines Vertragsverletzungsver-
254 fahrens. Dem steht ein stärkeres Zusammenarbeiten der europäischen
255 Nachrichtendienste nicht entgegen.

256 **Chancen für unsere gemeinsame Währung**

257 Der Euro ist längst das Symbol der europäischen Einigung und Solidarität ge-
258 worden, obwohl er nur einen Teil der Mitgliedsstaaten umfasst. Dazu haben die
259 Anstrengungen und Hilfspakete der letzten Jahre mehr beigetragen als alle öf-
260 fentlichen Bekenntnisse und politischen Reden zuvor. Die Krise der Wirtschafts-
261 und Währungsunion wurde zum Katalysator weitreichender Reformen. Jeder
262 Versuch, die Eurokrise auf rein wirtschaftliche Fragen zu reduzieren, verkennt
263 die Dimension und Dynamik, die eine erfolgreiche Krisenbewältigung für die Ent-
264 wicklung Europas entfaltet. Nur wenn es gelingt, den Euro als gemeinsame

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 10

265 Währung „wetterfest“ zu machen, kann er zum Stabilitätsanker für ganz Europa
266 werden.

267 Die Stabilität und der Erhalt unserer gemeinsamen Währung liegen im Interesse
268 der europäischen Wirtschaft vom Mittelstand bis zum Großkonzern, aber auch
269 vom Verbraucher bis zum Urlaubsreisenden. Hieraus ergibt sich die zentrale Her-
270 ausforderung liberaler Finanz- und Wirtschaftspolitik in Europa: Die Europäische
271 Union muss nach marktwirtschaftlichen und demokratischen Grundsätzen vertieft
272 werden, um Risiko und Haftung, um Entscheidungsfreiheit und Verantwortung
273 wieder zusammenzuführen. Handeln und Haften müssen untrennbar miteinander
274 verbunden bleiben.

275 Die Währungsunion kann nur als Stabilitätsunion dauerhaft bestehen. Die Schul-
276 denpolitik einzelner Staaten und Banken darf die Eurozone als Ganzes nicht
277 noch einmal in Gefahr bringen. Jeder Mitgliedsstaat muss jeweils für sich genom-
278 men die Stabilitätsanforderungen erfüllen. Diese Eigenverantwortlichkeit stabilisiert
279 das Gesamtsystem und vermindert so Spannungen und wirtschaftliche Verwer-
280 fungen unter dem Dach der gemeinsamen Währung. Unterschiedliche Finanzie-
281 rungsspielräume und Zinssätze sind das Preissignal für die unterschiedliche Ein-
282 schätzung der Bonität und Wettbewerbsfähigkeit der Institutionen, die Anleihen
283 auf dem Markt platzieren. Dieses Preissignal darf nicht künstlich eingeebnet wer-
284 den.

285 Dabei setzen wir auf die garantierte Unabhängigkeit der EZB und eine politisch
286 unabhängige EU-Kommission, die Fehlentscheidungen der Mitgliedstaaten korri-
287 gieren soll. Mit dem Bruch des Stabilitätspaktes 2003 durch die rot-grüne Regie-
288 rung in Deutschland und auch durch Frankreich, wurden die Grundlagen für die
289 heutige Haushalts- und Finanzkrise gelegt. Für viele Deutsche waren die Maas-
290 trichter Stabilitätskriterien die entscheidende Voraussetzung für ihre Zustimmung
291 zur Einführung des Euros. Deren Aufweichung führte jedoch dazu, dass sich
292 nicht wettbewerbsfähige Länder nahezu grenzenlos über Schulden finanzieren
293 konnten. Eine der Lehren dieser Fehlentwicklungen ist auch, dass die nationalen
294 Parlamente in den Mitgliedstaaten ihre Kontrollfunktion nicht in ausreichendem
295 Maße wahrgenommen haben.

296 Die europäischen Partner mussten daher 2010 eingreifen, um eine weitere Zu-
297 spitzung der Krise zu verhindern und den bereits entstandenen Schaden zu be-
298 grenzen. Ohne den Einsatz der Rettungsschirme von EFSM, EFSF und später
299 des ESM und des Internationalen Währungsfonds (IWF) bestand die Gefahr,
300 dass durch die Zahlungsunfähigkeit einzelner Staaten eine Kettenreaktion ausge-
301 löst worden wäre, die nicht nur die großen Finanzinstitute betroffen hätte, son-
302 dern auch die Spareinlagen von Millionen Menschen sowie die Versorgung der
303 mittelständischen Wirtschaft mit Krediten. Wir Liberale haben diesen Weg von
304 Beginn an als Übergangslösung unterstützt, mit der Perspektive, mittelfristig die
305 Stabilitätsunion wiederherzustellen. Deshalb haben wir immer darauf bestanden,
306 dass die Hilfen zeitlich und der Höhe nach begrenzt und nur gegen strikte Aufla-

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 11

307 gen gewährt werden. Ohne Sanierung der öffentlichen Finanzen und Strukturre-
308 formen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit können die Mitgliedsstaaten
309 ihre Schuldentragfähigkeit nicht zurück gewinnen. Als Hilfe zur Selbsthilfe ist So-
310 lidarität geboten, auch wenn es einen langen Atem braucht.

311 Auf diesem Weg zur Stabilitätskultur in Europa sind wir ein gutes Stück voran-
312 gekommen. Inzwischen wurden die Defizitregeln sowie automatische Sanktionen
313 für Defizitsünder durchgesetzt, die Vorab-Vorlage der nationalen Haushalte bei
314 der EU-Kommission, nationale Schuldenbremsen, makroökonomische Richtwerte
315 und die Pflicht zur Rückführung der Gesamtverschuldung auf unter 60 Prozent
316 des Bruttoinlandsprodukts. Das sind Erfolge liberaler Politik in Europa. Die Re-
317 formnotwendigkeiten bleiben jedoch groß, auch wenn die akuten Krisenszenarien
318 derzeit in den Hintergrund getreten sind. Ein Nachlassen der Reformanstrengun-
319 gen wäre eine große Gefahr, denn die Schuldentragfähigkeit ist nicht nur ein
320 Thema für die Krisenstaaten, es geht auch um nachhaltiges Wirtschaften im In-
321 teresse der nächsten Generationen.

322 Europa wird nur dann erfolgreich sein, wenn wir einen Weg finden, die interna-
323 tionale Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten zu steigern. Dabei darf es nicht
324 sein, wie zum Beispiel Grüne und SPD im Europäischen Parlament fordern, dass
325 Mitgliedstaaten ihre Schulden in Form eines Altschuldentilgungsfonds oder durch
326 Eurobonds auf Europa abladen. Vielmehr müssen wir mittelfristig auch weitere
327 Schritte zur Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik ins Auge fassen.
328 Jugendarbeitslosigkeit und der Zerfall staatlicher und wirtschaftlicher Strukturen
329 in den Krisenländern sind Gefahren, deren Bewältigung auch unser Anliegen sein
330 muss.

331 **Maßnahmen für die Zukunft unserer gemeinsamen Währung**

- 332 • **Stabilitätsunion voranbringen:** Auf dem Weg zu einer echten Stabilitäts-
333 union müssen wir erreichen, dass wir schwerwiegende und andauernde
334 Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt durch wirksame Sank-
335 tionen ahnden können. Wir wollen eine starke Rolle der Europäischen
336 Kommission in der Überwachung solider Finanzen in den Mitgliedstaaten.
337 Ziel muss es sein, Fehlentwicklungen schon im Ansatz wirksam zu begeg-
338 nen. Wir wollen, dass die EU-Mitgliedstaaten auch in Zukunft ihre Budget-
339 hoheit behalten und nicht aus der Eigenverantwortung zu sorgfältigem
340 Haushalten entlassen werden. Einen direkten oder politischen Zugriff der
341 EU-Kommission auf die Mittel des ESM lehnen wir ausdrücklich ab.
- 342 • **Verbindliche Regeln, zeitlich begrenzte Hilfsmaßnahmen für die Eu-**
343 **ro-Zone:** Die Währungsunion kann nur dann dauerhaft bestehen, wenn die
344 marktwirtschaftlichen Grundprinzipien der Stabilitätsgemeinschaft – insbe-
345 sondere der Ausschluss einer Verpflichtung zur gegenseitigen Budgethilfe
346 der Euro-Staaten (No-Bail-Out-Klausel) – wieder vollständig etabliert wer-
347 den. Jede Vermischung von Verantwortung durch gemeinschaftliche Haf-

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 12

348 tung – egal welcher Spielart – muss ausgeschlossen bleiben. Die im EFSF
349 und ESM beschlossenen Hilfen sollten nicht dauerhaft durch weitere Maß-
350 nahmen der EZB ergänzt oder ersetzt werden. Die vertraglich fixierte Ver-
351 antwortung der EZB für die Geldwertstabilität muss auch in Zukunft vorran-
352 giges Ziel bleiben. Geld- und aufsichtsrechtliche Kompetenzen dürfen nicht
353 vermischt werden.

354 • **Unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen begleiten:** Ziel aller Re-
355 formbemühungen müssen Wettbewerbsfähigkeit und Vollbeschäftigung
356 sein. Diese entstehen nur dort, wo eine gut ausgebildete Bevölkerung ar-
357 beitet, wo Arbeitsmärkte und andere Märkte offen und nicht überreguliert
358 sind, wo fairer Wettbewerb herrscht, wo Investoren sich auf eine leistungs-
359 fähige und schlanke Verwaltung und Justiz verlassen können, wo die Löh-
360 ne nicht schneller als der Produktivitätsfortschritt wachsen, wo die Staats-
361 ausgaben und die Verschuldung in einem tragfähigen Verhältnis zum Brut-
362 toinlandsprodukt (BIP) stehen.

363 • **Ergänzungsmöglichkeit: Währungsunion weiterentwickeln:** *Die Wäh-
364 rungsunion ist auf halbem Wege stecken geblieben. Deshalb setzen wir
365 uns für neue Maßnahmen ein, um die Fiskalunion zu erreichen;
366 so kann der Europäischen Kommission ein direktes Durchgriffsrecht auf die Ausga-
367 benpolitik des betroffenen Mitgliedstaates gegeben werden, falls dieser Mit-
368 gliedstaat dieses Vorgehen mit der Europäischen Kommission vorher ver-
369 traglich geregelt hat. Denkbar wäre zum Beispiel das Recht, Ausgabenkür-
370 zungen auslösen – und nicht bloß verlangen – zu können.*

371 • **Alternative A: Den ESM zurückfahren:** Um zu gewährleisten, dass der
372 ESM nicht zur dauerhaften Finanzierung von Staatsschulden einzelner Eu-
373 rozonen-Mitglieder missbraucht wird, soll seine Ausleihkapazität kontinuier-
374 lich wieder zurückgeführt werden, wenn die Schuldentragfähigkeit der ein-
375 zelnen Staaten erreicht ist. So können sich die Staaten und ihre Gläubiger
376 darauf einstellen, dass der ESM nicht dauerhaft als Nothelfer zur Verfü-
377 gung steht. Sie müssen dann zukünftig ihre Schuldentragfähigkeit selbst si-
378 cherstellen, ohne auf Hilfe von Außen bauen zu können.

379 • **Alternative B: ESM beibehalten:** Der ESM ist ein klares Signal an die Fi-
380 nanzmärkte, dass die Eurozone die Stabilisierung im Krisenfall politisch in
381 die Hand nimmt und nicht allein der EZB überlässt. Das Prinzip „Hilfe nur
382 gegen Auflagen“ kann mit dem ESM erreicht werden, da Kredite oder Bürg-
383 schaften stets an klare Bedingungen geknüpft werden. Die Ankündigung
384 von Anleihekäufen der EZB („OMT“) ist eine geldpolitische Maßnahme, die
385 zwar zur Beruhigung der Finanzmärkte beigetragen hat, selber aber ohne
386 Verknüpfung mit dem ESM keine konkreten Auflagen machen kann. Das
387 wird nur durch die Anbindung der OMT an ein ESM-Programm erreicht.
388 Deshalb treten wir für die Beibehaltung des ESM ein.

389 • **Alternative C: Den ESM weiterentwickeln:** Wir setzen uns dafür ein, dass
390 die EU eigenständig Anpassungsprogramme für kreditnehmende Länder
391 ausarbeitet und für deren Umsetzung in Zusammenarbeit mit dem ESM

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 13

392 sorgt. Daher wollen wir den ESM weiterentwickeln, um mittelfristig ohne Be-
393 teiligung des IWF und die damit einhergehende Abhängigkeit von den USA
394 (und bald auch China) entscheiden zu können.

395 • **Insolvenzrecht für Staaten schaffen *Ergänzungsmöglichkeit: Austritt***
396 **aus dem Euro ermöglichen:** Das Beispiel der Währungsunion zeigt, dass
397 flexible Lösungen gefordert sind. Wenn ein Land politisch und ökonomisch
398 dem Druck einer Hartwährung nicht gewachsen und sichtlich überfordert ist,
399 seine Wettbewerbsfähigkeit und Schuldentragfähigkeit innerhalb der Wäh-
400 rungsunion wieder herzustellen, kann es auf diese Weise den Fortbestand
401 der Währungsunion als Ganzes gefährden. Deswegen sollte es in Zukunft
402 die Möglichkeit einer Staaten-Insolvenz innerhalb der Eurozone geben. **Er-**
403 **gänzungsmöglichkeit:** *Wenn Staaten aus der Euro-Zone austreten wollen,*
404 *soll das künftig möglich sein, ohne dass sie damit zugleich ihre Mitglied-*
405 *schaft in der EU verlieren. Wollen sie in die Eurozone zurückkehren, müs-*
406 *sen sie die zum Zeitpunkt ihrer Rückkehr geltenden Bedingungen erfüllen.*

407 • **Die Eurorettung demokratisch kontrollieren:** Wenn die Euro-Zone zu ei-
408 ner echten Währungsunion wird, müssen auch die damit zusammenhän-
409 genden wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen demokratisch le-
410 gitimiert sein. Im Europäischen Parlament sollten Fragen zur Euro-Zone
411 von allen Abgeordneten debattiert, aber alleine von denjenigen aus den
412 Euro-Mitgliedsländern entschieden werden. Dort wo Entscheidungen zur
413 Euro-Zone das Haushaltsrecht der Mitgliedstaaten berühren, sollen die na-
414 tionalen Parlamente zuständig bleiben.

415 • **Faire Steuern erheben, gegen Steuerflucht vorgehen:** Eine europaweite
416 Harmonisierung von Steuersätzen lehnen wir ab. Der Steuerwettbewerb ist
417 ein Ausgleich für die fehlende Möglichkeit der Abwertung von Währungen.
418 Wie in anderen Bereichen auch, sorgt der Wettbewerb für dauerhaft niedrige
419 und gerechte Steuern, die sich gerade nicht an den höchsten Steuersät-
420 zen in der Europäischen Union orientieren. Das Gegenstück zu diesem
421 Steuerwettbewerb muss aber sein, das jeder auch seine Steuern zahlen
422 muss. Es darf nicht länger zugelassen werden, dass Private wie auch Un-
423 ternehmen aufgrund von nicht abgestimmten Regeln unter den europäi-
424 schen Partnern erfolgreiche Steuervermeidungsstrategien anwenden. Hier
425 wollen wir ansetzen und auch durch eine einheitliche Bemessungsgrundla-
426 ge eine gleichmäßige und effiziente Steuererhebung ermöglichen. Mit
427 Nicht-EU-Staaten wollen wir im Rahmen von Steuerabkommen auf dem
428 Verhandlungswege die Steuererhebung sicherstellen und nicht mit Ankäu-
429 fen von Steuer-CDs.

430 • **Durch die Bankenunion den Steuerzahler schützen:** Um die europäi-
431 schen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler davor zu schützen, für die Risi-
432 ken der Banken aufkommen zu müssen, wurde eine Reihe von Maßnah-
433 men beschlossen: die Vereinbarung nach Basel III zur verstärkten Eigenka-
434 pitalausstattung der Banken sowie eine gemeinsame Bankenaufsicht, die
435 die Risikostrukturen überwacht. Hinzu kommen muss ein Restrukturierungs-

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 14

436 und Abwicklungsmechanismus für existenzgefährdete Banken. Eine not-
437 wendige Rekapitalisierung von Banken sollte nicht direkt aus dem ESM fi-
438 nanziert werden, sondern durch den jeweiligen Staat erfolgen. Eine einheit-
439 liche Einlagensicherung sollte nur zwischen Bankengruppen eingerichtet
440 werden, die ein vergleichbares Sicherungssystem und –niveau aufweisen.
441 Wir setzen uns dafür ein, dass der Ankauf von Staatsanleihen durch Fi-
442 nanzinstitute innerhalb der Euro-Zone mit Eigenkapital unterlegt werden
443 muss und dass gefährliche, weil im Verhältnis zur Eigenkapital der Bank zu
444 hohe, Anleihekäufe aus einzelnen Staaten verboten werden (Verbot der Ri-
445 siko-Klumpenbildung).

446 • **Für eine schuldenfreie EU – ohne eigene Steuern:** Auch die EU ist zur
447 Sparsamkeit und zur effizienten Mittelverwendung angehalten. Die Bestre-
448 bungen der Europäischen Union, eigene Steuern zu erheben, lehnen wir
449 strikt ab. Der Haushalt der EU ist schuldenfrei und soll es auch bleiben, am
450 Verschuldungsverbot der EU muss deshalb festgehalten werden.

451 **Chancen für unsere Wirtschaft durch den ge-** 452 **meinsamen Binnenmarkt**

453 Die Geschichte der europäischen Integration ist eine Geschichte der Freiheit und
454 eine Geschichte der Chancen. Nie zuvor haben die Menschen in Europa so lan-
455 ge in Frieden miteinander gelebt. Nie zuvor hatten die Menschen in Europa bes-
456 sere Chancen, das Beste aus ihrem Leben zu machen – ihren eigenen Weg zu
457 gehen und ihr Glück zu suchen. Millionen vor allem junger Menschen leben je-
458 den Tag Europa, indem sie in anderen EU-Mitgliedstaaten arbeiten, studieren,
459 und Freundschaften pflegen. Unternehmen treiben Handel auf einem gemeinsa-
460 men Markt. Europa hat sein Versprechen auf Freiheit und Lebenschancen zu
461 großen Teilen eingelöst.

462 Und weil das europäische Friedensprojekt auch auf dieser wirtschaftlichen Frei-
463 heit fußt, setzen wir uns für die Vollendung des europäischen Binnenmarktes
464 ein. Konkret heißt das die Durchsetzung der Grundfreiheiten: freier Warenver-
465 kehr, Dienstleistungsfreiheit, Freizügigkeit für Arbeitnehmer, Schüler, Studenten,
466 Forscher und Unternehmer, und Kapitalverkehrsfreiheit. Nur in einem funktionie-
467 renden Binnenmarkt finden europäische Unternehmen eine optimale Umgebung,
468 um zu wachsen und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen. Damit
469 schafft der Binnenmarkt die Grundlage für die Schaffung sicherer Arbeitsplätze.
470 Die europäischen Grundfreiheiten haben Europa von den Fesseln des nationalen
471 Wirtschaftens befreit, die Europäerinnen und Europäer haben diese einzigartige
472 Chance genutzt und durch harte Arbeit, Kreativität und Innovation unseren Konti-
473 nent zu einer Wohlstandsinsel auf der Erde entwickelt.

474 In Krisenzeiten wächst jedoch die Neigung zu staatlichen Eingriffen ins Wirt-
475 schaftssystem. Das Gegenteil ist aber richtig: Gerade in der Krise muss der freie

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 15

476 Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Arbeit gesichert und gestärkt werden.
477 Wir wollen unternehmerisches Handeln fördern und nicht bremsen. Denn nur die
478 Beseitigung von Wettbewerbshemmnissen, wie das Aufbrechen von Monopolen
479 in bestimmten Branchen, Privatisierungen, Abschaffung von Marktzugangshinder-
480 nissen und vor allem ein spürbarer Bürokratieabbau kann die Wettbewerbsfähig-
481 keit der Euro-Zone und der EU insgesamt erhöhen und weiterhin das Verspre-
482 chen auf die besten Lebenschancen der Welt einlösen.

483 Noch immer gibt es zu viele Ausnahmen und Verzögerungen bei der Umset-
484 zung bestehender Binnenmarkt-Regeln. Der Energie- und der Verkehrsbinnen-
485 markt etwa sind entgegen den Beschlüssen der Staats- und Regierungschefs im-
486 mer noch unzureichend verwirklicht. Das nächste große Projekt ist der digitale
487 Binnenmarkt. Einheitliche und einfache Regeln und Marktzugang in allen Wirt-
488 schaftsbereichen sind besonders wichtig für kleinere und mittlere Unternehmen,
489 bei denen die meisten Arbeitsplätze geschaffen werden. Im Interesse dieser klei-
490 neren Unternehmen liegt auch eine strenge Anwendung des EU-Wettbewerbs-
491 rechts. Die EU sorgt mit ihren Regeln für Waffengleichheit zwischen dem Mittel-
492 stand und internationalen Konzernen.

493 Europa braucht dringende Wachstumsimpulse. Dabei geht es nicht um Wachs-
494 tum auf Pump – die FDP lehnt schuldenfinanzierte Konjunkturpakete ab. Vielmehr
495 gilt es bestehende Instrumente besser zu nutzen und durch das Erschließen neu-
496 er Märkte Wachstum zu schaffen. Die europäische Regionalpolitik ist bisher allzu
497 sehr auf den Ausgleich von infrastrukturellen Nachteilen konzentriert, und dies in
498 besonderem Maße für die ärmsten Regionen in den ärmeren Ländern. Dies sind
499 aber oft entlegene, ländliche Regionen, die nicht wirklich das Potential für eine
500 innovative industrielle Entwicklung bieten. Die Hilfe verpufft dann oft in touristisch
501 oder rein agrarisch orientierten Programmen, deren Gehalt an Wertschöpfung be-
502 grenzt ist. Schlimmer noch, sie hat in der Vergangenheit sogar eher zu Immobili-
503 enblasen beigetragen als die nachhaltige Entwicklung gefördert. Dies hat auch in-
504 nerhalb der geförderten Länder regionale Konsequenzen: Potential haben jene
505 eher urbanisierten Regionen, wo sich das technische Wissen und die qualifizier-
506 ten Arbeitskräfte des Landes zusammenballen. Aber weder der Regulierungsrah-
507 men noch die Ausbildungs- und Förderstruktur waren dabei bisher hilfreich. Das
508 muss sich ändern, auch mit europäischer Hilfe zur Selbsthilfe.

509 Deutschland hat durch eine entschiedene Reformpolitik und eine kluge Tarifpoli-
510 tik seine Wettbewerbsfähigkeit im letzten Jahrzehnt gesteigert. Dies drückt sich
511 in der Exportstärke unseres Landes aus, von der Europa insgesamt profitiert. Wir
512 lehnen alle Versuche ab, die deutsche Wettbewerbsfähigkeit künstlich zu schwä-
513 chen oder gar mit politischen Sanktionen zu belegen, wie dies teils von linken
514 Parteien gefordert wird. Vielmehr ermuntern wir unsere Partner in Europa, eben-
515 falls durch marktwirtschaftliche Reformen die Angebotsbedingungen ihrer Volks-
516 wirtschaften zu stärken.

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 16

517 Maßnahmen für mehr Chancen im Binnenmarkt

- 518 • **Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit als Hauptziele der EU-Förderung:** Die
519 meisten Länder mit hohen Schulden und Haushaltsdefiziten haben vor
520 allem Probleme mit der Wettbewerbsfähigkeit. Sie brauchen gezielte Inves-
521 titionsanreize. Die EU-Struktur- und Kohäsionsfonds sollen deshalb noch
522 stärker als bisher auf die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, insbesonde-
523 re auf die Existenzgründung, die Förderung von Innovation, Forschung und
524 Entwicklung und den Technologietransfer von und für kleine und mittlere
525 Unternehmen ausgerichtet werden.
- 526 • **Europäische Subventionen zurückfahren:** Auch die europäische Struktur-
527 politik bedarf einer Neustrukturierung. Die Mittel der europäischen Struktur-
528 fonds sind degressiv zu gestalten und laufend auf ihre Wirksamkeit zu
529 überprüfen.
- 530 • **Entbürokratisierung und mehr Rechtssicherheit für Unternehmen:** Un-
531 ser Ziel ist nicht mehr, sondern bessere Rechtsetzung. Insbesondere kleine
532 und mittlere Unternehmen leiden unter unnötigen Verwaltungs- und Regu-
533lierungslasten. Es ist uns gelungen, Handwerker von der Pflicht zu befrei-
534 en, einen Fahrtenstreifen in ihre Fahrzeuge einbauen zu müssen. Wir
535 wollen darüber hinaus eine kritische Überprüfung der bestehenden EU-Ge-
536 setzgebung mit dem Ziel, unnötige oder veraltete Regelungen abzuschaffen
537 und generell Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen zu reduzie-
538 ren. Das kann nur Hand in Hand gehen mit mehr Rechtssicherheit für Un-
539 ternehmen, die im Binnenmarkt aktiv sind, z.B. durch ein europäisches
540 Mahnverfahren und einheitliche Widerrufsfristen.
- 541 • **Mehr Chancen für Unternehmen:** Wir haben uns erfolgreich dafür einge-
542 setzt, dass die nächste Generation der EU- Förderprogramme vor allem in-
543 novative, kleine und mittelständische Unternehmen stärkt. Es müssen jetzt
544 aber auch die Rahmenbedingungen für die Gründung und das Wachstum
545 von Unternehmen konsequent weiter verbessert werden. Dazu gehört, die-
546 se vor unnötigen Regulierungen zu bewahren und erfolgreiche nationale
547 Entwicklungen wie etwa den Meistertitel oder die Qualitätsbezeichnung
548 „Made in Germany“ zu erhalten.
- 549 • **Vergaberecht und europäische Ausschreibungen vereinfachen:** Wir
550 werden uns dafür einsetzen, dass jeder Versuch mittels vergabefremder
551 Kriterien sozial- oder umweltpolitische Wünsche durchzusetzen auf ein Mi-
552 nimum beschränkt bleibt. Darüber hinaus wollen wir eine echte Chancenge-
553 rechtigkeit für kleine und mittlere Unternehmen herstellen. Dazu sollen ins-
554 besondere die europäischen Ausschreibungen rechtzeitig auch auf Deutsch
555 veröffentlicht werden. Wo dies nicht möglich ist oder nicht geschieht, sollen
556 die Kammern ihre Mitgliedsunternehmen informieren und wo möglich unter-
557 stützen.
- 558 • **Ergänzungsmöglichkeit: Mehr Chancen durch ein freiwilliges europäi-**
559 **sches Kaufrecht:** Viele Hindernisse im Binnenmarkt sind auch auf unter-

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 17

560 *schiedliche kaufrechtliche Bestimmungen in den Mitgliedstaaten zurückzu-*
561 *führen. Sie machen den Verkauf im Ausland insbesondere für kleinere Un-*
562 *ternehmen zu einer komplizierten und kostspieligen Angelegenheit. Gleich-*
563 *zeitig werden den EU-Verbrauchern eine größere Auswahl an Produkten*
564 *und niedrigere Preise vorenthalten. Wir setzen uns deshalb für ein gemein-*
565 *sames europäisches Kaufrecht ein, das die Parteien alternativ zu ihrem je-*
566 *weiligen nationalen Kaufrecht anwenden können. Das kann den Handel*
567 *durch ein einheitliches Regelwerk für grenzüberschreitende Verträge erleich-*
568 *tern.*

569 • **Chancen für bezahlbare Mobilität im Binnenmarkt:** Grundlage zum
570 Funktionieren des europäischen Binnenmarktes ist ein durchgehendes Netz
571 von Verkehrswegen (Ten-V) mit transeuropäischen Korridoren, die die wich-
572 tigsten Wirtschaftsregionen miteinander verbinden. Gerade Deutschland als
573 Exportland profitiert von reibungslosen Verkehrsverbindungen. Deshalb
574 wollen wir, dass die Verordnung zum Ten-V konsequent umgesetzt, Eng-
575 pässe beseitigt, Lücken geschlossen und grenzüberschreitende Abschnitte
576 verstärkt werden. Denn freie Mobilität für Menschen, Waren und Dienstleis-
577 tungen bietet Chancen für Unternehmen und Verbraucher. Wir wollen
578 Ko-Modalität statt Bevorzugung eines Verkehrsträgers. Ob Straße, Schiene,
579 Luft oder Wasser: jeder Verkehrsträger wird gebraucht und muss so gut es
580 geht optimiert werden. Wer den Lang-LKW blockiert, macht die Bahn damit
581 nicht wettbewerbsfähiger und behindert Effizienz auf der Straße. Wir wollen
582 dafür sorgen, dass sich Menschen Mobilität leisten können und diese nicht
583 durch ständig neue Belastungen wie Pkw-Maut und immer neue Gebühren
584 bei Flugreisen künstlich teurer werden.

585 • **Freizügigkeit der Arbeitnehmer erleichtern:** Gut ausgebildete Menschen
586 in Europa brauchen eine Perspektive. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
587 muss deshalb die Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer er-
588 leichtert werden. Dafür brauchen wir eine reibungslose Anerkennung von
589 Bildungsabschlüssen und Teilleistungen im Rahmen von Auslandsstudien.
590 Die komplizierten Sozialsysteme erschweren zusätzlich die Mobilität. Daher
591 wollen wir ein System schaffen, dass es dem Bürgerinnen und Bürgern er-
592 laubt, unbürokratisch ihre Sozialversicherungsansprüche mitzunehmen und
593 anerkennen zu lassen. Auf einem europäischen Arbeitsmarkt darf Mobilität
594 nicht von Nachteil sein.

595 • **Herausforderungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit meistern:** Die Arbeit-
596 nehmerfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien ist seit diesem Jahr Realit-
597 tät. Die Befürchtungen einer gezielten Einwanderung in deutsche Sozialsys-
598 teme nehmen wir ernst und wollen den betroffenen Kommunen helfen, wo
599 immer sich die Zuwanderung aus diesen Ländern signifikant verändert. Be-
600 strebungen, deshalb die Arbeitnehmer- und Niederlassungsfreiheit einzu-
601 schränken oder gar verstärkte Grenzkontrollen einzuführen, werden wir
602 aber entschieden entgegenreten. Wir wollen ein Europa der Freiheiten für
603 jeden Europäer. Für uns gibt es keine Europäer erster und zweiter Klasse.

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 18

604 In den Herkunftsländern müssen zudem die Verhältnisse für Sinti und Ro-
605 ma verbessert werden. Soziale Ausgrenzung und fehlende staatliche Un-
606 terstützung gehören zu den Ursachen einer verstärkten Zuwanderung.

607 • **Landwirte als Unternehmer stärken:** Europa braucht eine starke, innovati-
608 ve und leistungsfähige Landwirtschaft um den zukünftigen Anforderungen
609 wie Ernährungssicherung, Arbeitsplatzsicherung und Umwelt- und Tier-
610 schutz erfolgreich begegnen zu können. Deshalb wollen wir die Rahmen-
611 bedingungen für die konventionelle und ökologische Landwirtschaft weiter
612 durch marktwirtschaftliche Reformen und einen konsequenten Bürokratieab-
613 bau verbessern und damit langfristig unabhängig von Subventionen ma-
614 chen. Dazu gehören Planungssicherheit für Landwirte durch marktwirt-
615 schaftliche Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der
616 Abbau von Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU.

617 • **Nachhaltige Fischereipolitik durchsetzen:** Wir wollen die durch die Re-
618 form der Gemeinsamen Fischereipolitik eingeleitete Wende für eine wirt-
619 schaftliche, moderne und nachhaltige Fischerei mit Augenmaß begleiten.
620 Statt Verboten und Reglementierungen von der EU-Ebene setzen wir uns
621 dafür ein, dass Hochsee- und Binnenfischer bei der Erstellung von Ma-
622 nagementplänen einbezogen und damit stärker regionale Besonderheiten
623 und Eigeninitiativen vor Ort berücksichtigt werden.

624 • **Potenziale für maritimes Wachstum nutzen:** Wir wollen Wachstum för-
625 dern in Zukunftsbereichen, in denen Europa stark ist. Dazu gehören alter-
626 native Energien ebenso wie die Erforschung der Tiefsee und der Ausbau
627 des maritimen Sektors, der schon heute 40 Prozent des BIP der EU erwirt-
628 schaftet und mit Offshoreanlagen, Rohstoffen aus dem Meer, Aquakultur
629 und blauer Biotechnologie großes Entwicklungspotenzial hat.

630 • **Mündige Verbraucher wirksam schützen:** Wir setzen uns für ein hohes
631 Verbraucherschutzniveau in Europa ein. Wir wollen Verbraucherinnen und
632 Verbraucher stärken, statt sie zu bevormunden. Deshalb setzen wir uns für
633 unabhängige Informationen und Beratung ein, damit Verbraucherinnen und
634 Verbraucher eigenverantwortlich und frei ihre Kaufentscheidungen treffen
635 können. Wir wehren uns gegen Gängelung durch immer neue Verbote. In
636 der EU werden wir uns für mehr Rechtssicherheit einsetzen damit Verbrau-
637 cherinnen und Verbraucher und Unternehmen Rechtssicherheit auch dann
638 haben, wenn Produkte und Dienstleistungen aus anderen Ländern der EU
639 genutzt werden. Zudem wollen wir, dass das Leben in Europa einfacher
640 und preiswerter wird. Mit der von der EU angestoßenen Liberalisierung der
641 Telekommuni-kationsmärkte haben bereits drastische Preissenkungen für
642 die Kunden stattgefunden. Durch die Deckelung der Roaminggebühren ist
643 Telefonieren in der EU deutlich billiger geworden. Auch im Bereich der Fi-
644 nanzdienstleistungen haben wir für die Bürgerinnen und Bürger in den letz-
645 ten Jahren einiges erreicht: kostenfreie Euro-Überweisungen oder die Har-
646 monisierung der Einlagensicherungssysteme. Erleichterte Kontowechsel-
647 möglichkeiten und günstigere Kreditkartengebühren sollen folgen.

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 19

648 • **Freihandel fördern:** Wir wollen den Freihandel weltweit vorantreiben und
649 Handelshemmnisse jeder Art konsequent abbauen, das gilt auch für die EU
650 selber. Freier Handel sichert Fortschritt, Arbeitsplätze und Wachstum, för-
651 dert den Austausch der Kulturen und schafft Frieden. Im Fokus steht dabei
652 das Projekt einer transatlantischen Freihandelszone mit den Vereinigten
653 Staaten von Amerika. Dort wo aber, wo im Rahmen der WTO keine globa-
654 len Abkommen erreichbar sind, wollen wir den Weg der Freihandelsabkom-
655 men auch mit anderen großen Wirtschaftszonen einschlagen, etwa Süd-
656 amerika oder Asien. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit können
657 wir uns auch ein Freihandelsabkommen mit Ländern Afrikas vorstellen, die
658 bei besonderer Produktkennzeichnung auch die strengen Umwelt- und
659 sonstigen Einfuhrvorschriften unterschreiten dürfen.

660 **Chancen für bezahlbare Energie und eine eu-** 661 **ropäische Umweltpolitik**

662 Energie muss für alle Bürgerinnen und Bürger, mittelständische Betriebe, Hand-
663 werk und Industrie bezahlbar bleiben. Jeder von den Menschen zu viel bezahlte
664 Euro für Energie fehlt ihnen, um ihre eigenen Träume und Ziele zu verwirkli-
665 chen. Jeder von der Wirtschaft zu viel bezahlte Euro für Energie macht das Le-
666 ben teurer und gefährdet Arbeitsplätze – und damit die Existenz von Arbeitneh-
667 meinnen und Arbeitnehmern und ihren Familien.

668 Der EU-Binnenmarkt für Energie ist noch lange nicht vollendet. Es mangelt an
669 grundlegenden Dingen wie etwa gemeinsamen Koppelstellen oder grenzüber-
670 schreitenden Netzen. Die EU-Mitgliedstaaten verfolgen eigene Agenden, ohne
671 sich mit den europäischen Nachbarn abzustimmen. Notwendige Investitionen in
672 die Infrastruktur müssen unverzüglich getätigt werden; durch marktwirtschaftliche
673 Finanzierungsprojekte wie beispielsweise projektbezogene Bonds der Europäi-
674 schen Investitionsbank. Wir wollen mehr Markt und raus aus der Planwirtschaft.
675 Wir wollen dafür sorgen, dass die Energieversorgung sicher, sauber und bezahl-
676 bar bleibt.

677 In der Umwelt- und Klimapolitik setzen wir Liberalen auf Innovation und neue
678 Technologien sowie auf den verantwortungsbewussten Bürger, nicht auf Verbote.
679 Nur so sichern wir unseren Kindern und den nachfolgenden Generationen einen
680 intakten Lebensraum. Und mehr noch: Als Exporteur von Ideen und Innovationen
681 helfen wir, Energie und Ressourcen zu sparen, Emissionen zu vermeiden und
682 die Lebensqualität der Menschen zu verbessern.

683 **Maßnahmen für bezahlbare Energie und eine intakte Umwelt**

684 • **Europäisches Mengenmodell:** Wir setzen uns für eine zügige und grund-
685 legende Reform des Erneuerbaren Energie- Gesetzes auf europäischer
686 Ebene ein. Deshalb schlagen wir vor, die Förderung langfristig in ein euro-

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 20

687 paweites Mengensystem zu überführen. Das bedeutet, die Entwicklung von
688 erneuerbaren Energien nicht mehr – wie bisher – über hohe Garantiepreise
689 zu fördern, die dann der Stromkunde über seine Rechnung zahlt. Vielmehr
690 werden die Energieversorgungsunternehmen verpflichtet, ihren Kunden ei-
691 nen bestimmten Anteil erneuerbarer Energien zu verkaufen. Wie sie diesen
692 Anteil erreichen, bleibt den Unternehmen überlassen. Das führt dazu, dass
693 sich die Anbieter durchsetzen, die besonders günstig sind oder sehr ver-
694 lässlich regenerative Energie einspeisen.

695 • **Gemeinsames Europäisches Energienetz schaffen:** Die in Deutschland
696 eingeleitete Energiewende hat bisher keine Nachahmer gefunden, weder in-
697 nerhalb noch außerhalb Europas. Wir stehen zum eingeschlagenen Weg
698 und wollen ihn erfolgreich umsetzen. Wir wissen aber auch darum, dass
699 wir unseren Weg nicht den anderen europäischen Partnern vorschreiben
700 können. Nur wenn wir als Industrienation eine erfolgreiche Energiewende
701 organisieren können, werden wir die Vorbildwirkung erzeugen, die diesen
702 Prozess zu dem Exportschlager werden lassen kann, den wir uns erhoffen.
703 Dazu brauchen wir aber auch unsere europäischen Partner. Noch immer
704 gibt es technische Barrieren an den Ländergrenzen und zu wenig Abstim-
705 mung im Bereich der Versorgungssicherheit. Hier müssen wir unsere Part-
706 ner stärker als bisher einbinden und überzeugen.

707 • **Energieeffizienz ja, Bevormundung nein:** Zu einem zukunftsfähigen En-
708 ergiemarkt gehört auch die Steigerung der Energieeffizienz in allen Berei-
709 chen. Die Anreize hierfür sollten zu allererst aus dem Markt kommen. Auch
710 in der Industrie wollen wir durch intensivere Beratung und
711 Know-how-Transfer der Unternehmen Energieeffizienz-Potenziale nutzen.
712 Bevormundungsmaßnahmen wie Verbote von Glühlampen oder Heizpilzen
713 lehnen wir Liberalen ab. Wer Energie einkauft, sollte einen Anreiz zum
714 Sparen haben, aber keine Vorschriften bekommen, wie er Energie verwen-
715 den darf.

716 • **Europäischer Emissionshandel:** Der Handel mit Emissionsrechten bleibt
717 für uns Liberale das zentrale Instrument der Vermeidung von Klimagasen.
718 Er gewährleistet eine wirksame Emissionsbegrenzung zu den geringsten
719 wirtschaftlichen Kosten. Anders als jede Steuer hat der Emissionshandel
720 es geschafft, das oberste Ziel zu erreichen, nämlich die Emission wirksam
721 auf eine feste Menge zu begrenzen. Eine Ersetzung des EU-Emissionshan-
722 dels durch CO₂-Steuern lehnen wir deshalb entschieden ab. Doch der
723 Emissionshandel in Europa ist nicht ausreichend, um das Klima wirksam zu
724 beeinflussen. Deshalb kommt es darauf an, gerade in den Schwellenlän-
725 dern Klimaschutz zu verstärken und in den tropischen Ländern die Regen-
726 wälder zu schützen.

727 • **Klimaschutz und Industrie in Einklang bringen:** Wir stehen zu den Kli-
728 maschutzzielen der EU, weitere einseitige Kohlendioxid- Reduktionsver-
729 pflichtung lehnen wir jedoch ab. Die Finanzkrise hat gezeigt: Länder mit
730 starker Industrie haben sich viel schneller erholt. Deswegen benötigen wir

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 21

731 zur Sicherung von Beschäftigung und Wirtschaftswachstum unserer Indus-
732 triestandorte wettbewerbsfähige Strompreise für energieintensiv produzie-
733 rende Unternehmen. Andernfalls drohen Arbeitsplatzverluste bei energiein-
734 tensiven Industriezweigen.

735 **Chancen für junge Europäer durch Bildungs-** 736 **offensive in den Mitgliedstaaten**

737 Ein Europa der Lebenschancen für die Menschen braucht gute Bildung – denn
738 sie ist seit jeher der Schlüssel zur Freiheit und zum gesellschaftlichen Aufstieg.
739 Hier sind die Mitgliedstaaten in der Pflicht, weil Bildungspolitik nationale Aufgabe
740 ist und auch bleiben muss. In Europa lernen wir von guten Beispielen und Mo-
741 dellen, so haben wir in Deutschland viele Anregungen aus Skandinavien über-
742 nommen, umgekehrt ist unser duales Ausbildungssystem ein echter Exportschla-
743 ger für den europäischen Raum und darüber hinaus geworden, weil es ein
744 Schlüsselfaktor zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit sein kann.

745 Unser Anspruch ist es, dass Bildung als Bürgerrecht jedem Menschen unabhän-
746 glich von seinem Hintergrund offen steht. Liberale Bildungspolitik legt so den
747 Grundstein dafür, dass in Zukunft mehr Menschen mehr Chancen haben wer-
748 den. Sie ist das beste Rüstzeug für ein Leben in Freiheit und Verantwortung.

749 Hier sind die Mitgliedstaaten in der Pflicht, weil Bildungspolitik nationale Aufga-
750 be ist und bleiben muss.

751 **Maßnahmen für ein Europa der Möglichkeiten durch Bildung**

752 • **Gemeinsame Zweitsprache in Europa schaffen:** Sprache ist das ent-
753 scheidende Instrument für die Vermittlung von Bildung und Kultur. Die Fä-
754 higkeit, sich über die Kenntnis der Muttersprache hinaus in weiteren Spra-
755 chen der Europäischen Union verständigen zu können, ist eine wichtige
756 Voraussetzung für das weitere Zusammenwachsen der europäischen Völ-
757 ker. Erfolgreiche Europapolitik fängt daher bei den Schülerinnen und Schü-
758 lern an, die Englisch und mindestens eine weitere Sprache erlernen. Eng-
759 lisch ist die Hauptverkehrssprache, global und in Europa. Sehr gute Kennt-
760 nisse in Englisch sollten daher zentraler Baustein jeglicher Bildungspolitik
761 in Europa sein. Deshalb wollen wir Austauschprogramme, wie sie in Euro-
762 pa bereits durch COMENIUS (Schulbildung), ERASMUS (Hochschulbil-
763 dung), LEONARDO DA VINCI (Berufliche Bildung) und GRUNDTVIG (Er-
764 wachsenenbildung) bestehen, zusätzlich fördern.

765 • **Fünfte Europäische Grundfreiheit: Die Freiheit für Wissen:** Forschung
766 und Entwicklung sind der wichtigste Faktor unserer Wirtschaft im globalen
767 Wettbewerb. Wir wollen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Uni-
768 versitäten daher besser vernetzen und Europa zu einem echten Innovati-
769 onsraum ausbauen. Deshalb setzen wir uns neben den vier Grundfreihei-

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 22

770 ten der EU für die Schaffung einer fünften Grundfreiheit ein – der Freiheit
771 für Wissen, indem wir die Chancen von Studentinnen und Studenten, Aka-
772 demikerinnen und Akademikern sowie Forscherinnen und Forschern ver-
773 bessern, in der jeweils für sie besten Umgebung in ganz Europa zu arbei-
774 ten. Ohne den Schutz geistigen Eigentums ist diese Freiheit nicht denkbar.
775 Verletzungen des geistigen Eigentums müssen konsequent bekämpft wer-
776 den. Bestehende Rechtsunsicherheiten in einer digitalisierten Welt sind
777 durch ein modernes europäisches Urheberrecht auszuräumen. Dieses muss
778 den Interessenausgleich zwischen Urhebern und Rechteinhabern sowie
779 Nutzern und Diensteanbietern fair gestalten. Gleichzeitig muss es die un-
780 zensierte Kommunikation, den freien Informationsfluss und den Zugang zu
781 Wissen und Innovationen ermöglichen.

782 • **Bologna-Prozess konsequent fortentwickeln:** Der Bologna-Prozess und
783 die Schaffung eines europäischen Hochschulraums ist eine der entschei-
784 dendsten Entwicklungen in der europäischen Hochschulpolitik überhaupt.
785 Die Umsetzung obliegt zwar den einzelnen Ländern, aber europäische Poli-
786 tik kann auch diesen Prozess insbesondere in den Bereichen internationale
787 Mobilität, Doppelabschlüsse, einheitliche Semesteranfangszeiten und open
788 access konstruktiv begleiten.

789 **Chancen einer gemeinsamen Außen- und Si-** 790 **cherheitspolitik**

791 Für unsere Freiheit im Inneren muss Europa nach Außen geschlossen auftreten.
792 Deshalb stehen wir für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas.
793 Nur wenn wir in Fragen globaler Abkommen, sei es in Umweltfragen, beim Da-
794 tenschutz, bei den Menschenrechten, in Freihandels- oder Rüstungskontrollfra-
795 gen geeint auftreten, wird die europäische Stimme Gewicht erlangen. Nur wenn
796 es uns gelingt, auch zu den streitigen Fragen im passenden Moment eine euro-
797 päische Antwort zu geben, wird man uns als Friedensmacht, die wir sein wollen,
798 ernst nehmen. Nur wenn wir unseren Anspruch durch Einigkeit untermauern,
799 wird Europa die globale Verantwortung übernehmen können, die es von sich
800 selbst erwartet, aber auch von vielen Menschen in der Welt gefordert wird.

801 Durch eine geschlossene gemeinsame Außenpolitik können wir Europa stärker
802 machen und zugleich als Kontinent der Möglichkeiten zu einem erfolgreichen Mo-
803 dell entwickeln, das Vorbild und Inspiration für all jene ist, die noch in Unfreiheit
804 leben müssen.

805 Während die EU in der Handelspolitik und die Euro-Zone in Währungsfragen
806 einheitlich agiert, ist die europäische Außenpolitik immer noch zu stark fragmen-
807 tiert und wird in wesentlichen Fragen von den Mitgliedstaaten der EU, nicht der
808 Union selber gestaltet. Das Prinzip der Einstimmigkeit macht dabei schnelle Ent-

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 23

809 scheidungen schwierig. In allen größeren Krisen der letzten Jahre (Libyen, Mali,
810 Syrien) war die EU gespalten, die Verhandlungsmacht Europas geschwächt.

811 Wir wollen den Weg der Erweiterung der Europäischen Union verantwortungs-
812 voll weitergehen, weil wir keinem Nachbarn, der unsere Werte teilt, eine Absage
813 erteilen werden. Dazu müssen nicht nur die Beitrittskandidaten die in den Euro-
814 päischen Verträgen vorgesehenen Bedingungen dauerhaft erfüllen. Auch die Eu-
815 ropäische Union selbst muss ihre Strukturen anpassen und aufnahmefähig sein.
816 Für alle weiteren Erweiterungsschritte gilt: Rabatte bei der Erfüllung der Kriterien
817 wie in der Vergangenheit darf es nicht geben. Entschlossene rechtsstaatliche
818 Reformen und ein gesamtstaatlicher Modernisierungskurs hin zu EU-Standards
819 sind die Voraussetzung für eine Aufnahme in die Europäische Union.

820 Die sicherheitspolitischen Diskurse in den großen Mitgliedstaaten sind in Inhalt,
821 Zielen und Intensität stark unterschiedlich. Die EU muss sich deshalb entschei-
822 den, ob sie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in der bisherigen
823 Form fortsetzen will oder ob ihre Mitgliedstaaten zu neuen Formen der Zusam-
824 menarbeit übergehen wollen. Für Liberale ist klar: Wir wollen eine gemeinsame
825 Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen auch verdient, wissen aber,
826 dass die derzeitigen Strukturen und Verfahren ungeeignet sind, dieses Ziel zu
827 erreichen.

828 **Maßnahmen für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Europa**

829 • **Durch Beispiel Menschenrechte und Demokratie glaubwürdig fördern:**Aus
830 unserer europäischen Geschichte haben wir gelernt. Wir wollen unsere
831 Werte und Grundüberzeugungen, etwa die weltweite Ächtung der Todes-
832 strafe, gemeinsam voranbringen. Wir wollen der Ursprung hoher Men-
833 schenrechtstandards sein, aber auch eine Union, die ihren eigenen hohen
834 Ansprüchen gerecht wird. In der Demokratieförderung muss die EU flexi-
835 bler und schneller auf Entwicklungen in unserer Nachbarschaft reagieren
836 können. Dabei sollte sie unter anderem die Expertise der deutschen politi-
837 schen Stiftungen heranziehen, aber auch ihr eigenes Instrumentarium ver-
838 bessern.

839 • **Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ehrlich führen:** Mit der Türkei ver-
840 bindet uns seit Jahrzehnten eine tiefgreifende Partnerschaft und die ge-
841 meinsame Mitgliedschaft in der NATO. Es darf jedoch – wie in alle Fällen –
842 keine Rabatte bei der Erfüllung der Beitrittskriterien geben. Wir ermutigen
843 die Türkei, den notwendigen Reformprozess in Richtung Rechtsstaat und
844 Menschenrechte entschlossener voranzutreiben.

845 • **Beitrittsperspektiven als Reformmotor erhalten:** Ein Europa der unter-
846 schiedlichen Geschwindigkeiten wird die An- und Einbindung auch von
847 Kandidaten und Interessenten leichter machen. Dies gilt auch und gerade
848 für die Staaten des westlichen Balkans, zu deren Beitrittsperspektive wir
849 unverändert stehen. Entschlossene rechtsstaatliche Reformen sind auch die

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 24

850 Voraussetzung für die weitere EU-Annäherung der Staaten der Östlichen
851 Partnerschaft.

852 • **Europäische Entwicklungspolitik liberal gestalten:** Die Europäische Uni-
853 on ist mit ihren 28 Mitgliedstaaten der größte Geber im Rahmen der staatli-
854 chen Entwicklungszusammenarbeit. Ziel liberaler europäischer Entwick-
855 lungspolitik ist es, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungslän-
856 dern zu stärken, klassische Entwicklungshilfe zu reduzieren und die Mittel
857 zielgerichtet, transparent, effizient und kontrolliert einzusetzen. Wir wollen
858 Armutsursachen bekämpfen und den Menschen ermöglichen, ihren eigenen
859 Lebensunterhalt zu erwirtschaften, um ein Leben in Würde, Freiheit und
860 Selbstbestimmung zu führen. Dazu gehört, dort wo staatliche Strukturen
861 vorhanden sind, diese in ihrer Verantwortung für die betroffenen Menschen
862 zu stärken.

863 • **Den Europäischen Auswärtigen Dienst stärken:** Der Auswärtige Dienst
864 (EAD) der EU ist eine neue Institution mit der Aufgabe, die Außenpolitik
865 der EU so gut wie möglich zu koordinieren; praktisch handlungsfähig ist er
866 jedoch nur dort, wo Konsens unter den Mitgliedstaaten herrscht (Iran-Ver-
867 handlungen) sowie im Auftreten nach außen durch die ihm unterstellten
868 Botschaften der EU. Der oder die Hohe Beauftragte soll für das gesamte
869 Außenhandeln die koordinierende Verantwortung tragen, also auch für die
870 Nachbarschaftspolitik und die Entwicklungszusammenarbeit. Gleichzeitig
871 könnten die EU-Botschaften in vielen Ländern außerhalb der EU auf
872 Wunsch auch Aufgaben nationaler Botschaften übernehmen, gerade im
873 Rechts- und Konsularwesen, was zu Einsparungen in den nationalen Haus-
874 halten führen würde.

875 • **Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU weiter entwi-**
876 **ckeln:** Wir stehen zu dem Ziel, dass Europa gemeinsam Verantwortung
877 für Frieden, Freiheit und Sicherheit trägt. Aus diesem Grund setzen wir uns
878 für eine gemeinsame, umfassende EU-Außen- und Sicherheitspolitik, ver-
879 bunden mit einer gemeinsamen EU-Friedens- und Sicherheitsstrategie ein.
880 Bei der zukünftigen Entwicklung geht es vor allem darum, die EU in die La-
881 ge zu versetzen, in außen- und sicherheitspolitischen Fragen zu jeder Zeit
882 und auf allen Ebenen politisch gemeinsam und operativ vernetzt zu han-
883 deln. Dazu müssen gemeinsame sicherheitspolitische Interessen politisch
884 definiert werden und als solche von der Politik und von der Bevölkerung
885 auch wahrgenommen und akzeptiert werden. Neben der Weiterentwicklung
886 einer handlungsfähigen Gemeinsamen Europäischen Sicherheitspolitik
887 bleibt die NATO weiterhin die Garantin unserer nationalen Sicherheit. Die
888 NATO ist das erfolgreichste Sicherheitsbündnis der Geschichte. Sie ist Aus-
889 druck einer Werte- und Verantwortungsgemeinschaft zwischen Europa und
890 Nordamerika und stellt deshalb den wichtigsten Anker deutscher Außen-
891 und Sicherheitspolitik dar. Aus liberaler Sicht ist die NATO auszubauen.
892 Gleichzeitig wird das europäische Gewicht innerhalb der NATO vergrößert
893 werden.

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 25

- 894 • **Die Europäische Verteidigungsfähigkeit verbessern:** Europa hat derzeit
895 in 28 nationalen Streitkräften ca. zwei Millionen Soldatinnen und Soldaten
896 unter Waffen und gibt dafür ca. 200 Milliarden Euro jährlich aus. Dies führt
897 zu erheblicher Verschwendung von Steuermitteln sowie Mehrfachstrukturen
898 bei der militärischen Organisation, Rüstungsentwicklung und Rüstungsbe-
899 schaffung. Liberale wollen diese Zersplitterung überwinden, ohne dabei die
900 Verteidigungsausgaben zu erhöhen. In einem ersten Schritt sollen Rüs-
901 tungsentwicklung und -beschaffung stärker gemeinsam im europäischen
902 Rahmen stattfinden. Der EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte muss als
903 Mindeststandard rechtsverbindlich werden.

904 **Chancen für einen Neustart in der Einwande-** 905 **rungspolitik und eine humane Asylpolitik**

906 Deutschland und Europa haben ein demografisches Problem – während heute
907 auf 100 arbeitende Deutsche 26 Deutsche über 65 kommen, sind es 2050 über
908 50. Das bedeutet, dass in Zukunft auf einen arbeitenden Deutschen statistisch et-
909 was mehr als ein Rentner oder Pensionär kommt. Daran wird auch die Rente mit
910 67 nichts Wesentliches ändern. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten,
911 sind wir auf die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte angewiesen. Doch der
912 internationale Wettbewerb um die klügsten Köpfe ist hart. Hochqualifizierte wen-
913 den sich anderen Regionen der Welt zu.

914 Temporäre Maßnahmen wie die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für Hochquali-
915 fizierte („Blue card“) bewirken keine wesentlichen Veränderungen: zeitlich be-
916 grenzt durch hohe bürokratische Hürden, sind sie für viele unattraktiv. Wir for-
917 dern deshalb ein europaweites System der geregelten Einwanderung. Ein sol-
918 ches System würde sich nach den jeweiligen Bedürfnissen richten und für
919 Deutschland diejenigen Kandidatinnen und Kandidaten bevorzugen, die z.B.
920 durch den Erwerb von Deutschkenntnissen schon gezeigt haben, dass sie bereit
921 sind, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren.

922 Mit Blick auf die deutsche Geschichte ist das Grundrecht auf Asyl eine der wich-
923 tigsten Errungenschaften unserer freiheitlichen Grundordnung. Wir können stolz
924 sein, verfolgten Menschen, wo immer sie auch her kommen, Zuflucht bieten zu
925 können. Für die FDP steht das Grundrecht auf Asyl nicht zur Disposition. Asyl-
926 recht muss Grundrecht bleiben, die EU ist keine Festung.

927 Die EU muss im globalen Wettbewerb bestehen und daher für kluge Köpfe aus
928 Drittstaaten attraktiver werden. Zudem muss sie Verantwortung gegenüber Men-
929 schen in Notsituationen übernehmen – das darf nicht nur Aufgabe einiger weni-
930 ger Mitgliedstaaten sein. Schließlich ist Asyl ein Recht und keine Gnade.

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 26

931 Maßnahmen für eine geänderte Asyl- und Einwanderungspolitik in Europa

- 932 • **Europäische Einwanderungspolitik:** Wir setzen auf eine gesteuerte Zu-
933 wanderung, damit durch eine moderne und intelligente Einwanderungspoli-
934 tik der EU qualifizierte Facharbeiterinnen und Facharbeitern, Studentinnen
935 und Studenten aus Nicht-EU-Staaten die Möglichkeit haben, zu uns zu
936 kommen. In diesen Zusammenhang sollten Vorprüfungen im Rahmen von
937 Asylverfahren eingeführt werden, die über Qualifizierung eine Möglichkeit
938 der legalen Einreise in die Europäische Union eröffnen.
- 939 • **Europäisches Asylrecht:** Liberale haben sich stets für ein menschenwür-
940 diges Asylrecht eingesetzt. Auch als Mitglied der Europäischen Union ohne
941 eigene Außengrenzen wollen wir einen solidarischen Beitrag dafür leisten,
942 dass Europa in der Welt ein sicherer Zufluchtsort für politisch Verfolgte ist.
943 Daher fordern wir einen europäischen Verteilerschlüssel. Für die Berech-
944 nung zur Verteilung der Asylantragsteller in der EU sind Bevölkerungsstär-
945 ke und Wirtschaftskraft eines Landes maßgeblich. Bei der Zuweisung der
946 Asylsuchenden können aber auch Kriterien wie familiäre Bindungen oder
947 Sprachkenntnisse berücksichtigt werden, um die Integration zu unterstüt-
948 zen. Wer einen Asylantrag gestellt hat, sollte aber auch arbeiten dürfen,
949 um seinen wirtschaftlichen Beitrag zu leisten.
- 950 • **Eigenes EU-Asylangebot schaffen:** Der Fall Edward Snowden hat ge-
951 zeigt, dass es Situationen geben kann, bei denen einzelne Länder massive
952 wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten befürchten müssen, wenn sie
953 Asyl gewähren. Hier sollte die Europäische Union in die Lage versetzt wer-
954 den, stellvertretend für die Mitgliedstaaten offiziell Asyl anzubieten. Die auf-
955 nehmenden Mitgliedstaaten können sich somit in besonderen Einzelfällen
956 der Solidarität aller Mitgliedstaaten Gewiss sein.
- 957 • **Effizientes Rückführregime durchsetzen:** Die FDP fordert eine effiziente-
958 re Ausgestaltung der Verfahren und eine konsequentere und vor allem
959 schnellere Rückführung in die Herkunftsländer, in denen keine Gefahr für
960 Leib und Leben besteht. Der freiwilligen, unterstützten und kontrollierten
961 Rückkehr ist dabei immer der Vorzug zu geben. Potentielle illegale Einwan-
962 derer müssen wissen, dass in Europa ein Ja ein Ja ist, aber ein Nein auch
963 ein Nein bleibt. Nur so werden sie das Risiko einer illegalen Einreise bes-
964 ser abwägen können. Gleichzeitig muss die Zusammenarbeit mit den Her-
965 kunftsländern verbessert werden. Wer als Herkunftsland in anderen Berei-
966 chen erhebliche finanzielle Hilfe aus Europa bekommt, muss auch bereit
967 sein, an einer Bekämpfung des Schlepperunwesens effizient mitzuarbeiten.

968 **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 27

Antrag 700

**Betr.: Abschluss des Europäisch-Amerikanischen
Freihandelsabkommens TTIP**

Antragsteller: Bundesfachausschuss Kultur

Der Europaparteitag möge beschließen:

- 1 Die Europäische Union wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass im Falle
- 2 des Abschlusses des TTIP-Abkommens zwischen der Europäischen Union und
- 3 den USA folgende Anliegen von hoher kultureller Bedeutung Berücksichtigung
- 4 finden:
 - 5 1. Die audiovisuellen Dienstleistungen müssen ausgenommen bleiben.
 - 6 2. Das Urheberrecht in seiner in Europa gültigen Form darf nicht angetastet
 - 7 werden.

Begründung:

Zu 1:

Nach vorliegenden Informationen hat der Rat der Handelsminister beschlossen, die audiovisuellen Dienstleistungen nicht in das Abkommen einzubeziehen. Diese Entscheidung ist richtig, da die schnelle Entwicklung dieses Bereichs vertragliche Bindungen nicht erlaubt. Es muss dafür gesorgt werden, dass es hierbei bleibt, auch wenn die Europäische Kommission darauf hinwirkt, dass es keine Ausnahmen geben soll. N.B.: Die amerikanische Seite hat ihrerseits eine ganze Liste von Ausnahmen vorgelegt und diese für nicht verhandelbar erklärt.

Zu 2:

Das amerikanische Copyright unterscheidet sich grundlegend vom europäischen Urheberrecht. Es schützt eher den Produzenten, während das europäische Recht auf den Schutz des geistigen Urhebers abzielt. Dieser Schutz ist für Künstler, Schriftsteller, Komponisten, Wissenschaftler usw. aus wirtschaftlichen Gründen unabdingbar. Er entspricht darüberhinaus den kulturellen Traditionen Europas und darf daher nicht aufgegeben werden.

**Europaparteitag der FDP, Bonn
19. Januar 2014**

Seite 28

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 29

Antrag 800

Betr.: Unser Europa: Mit Augenmaß und Recht vor Macht

Antragsteller: Landesverband Hessen

Der Europaparteitag möge beschließen:

1 I. Präambel

2 Die europäische Einigung gehört unbestritten zu den großen politischen Leistun-
3 gen des 20. Jahrhunderts. Sie hat den Bürgern in Europa nicht nur Frieden und
4 Freiheit, sondern auch einen nie gekannten Wohlstand gebracht. Die derzeitige
5 Krise verstellt jedoch den Blick auf die Kernideen von Europa. Für ihre Bewälti-
6 gung bedarf es einer Rückbesinnung auf die Grundprinzipien des europäischen
7 Stabilitäts- und Friedenspaktes sowie einen Ausblick über die weitere Fortent-
8 wicklung.

9 Der Ursprungsidee einer unbürokratischen, schlanken Europäischen Union mit
10 einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik stehen einige
11 Entwicklungen entgegen, die den Blick der Bürger auf Europa einengen. Anstatt
12 die großen Probleme zu lösen, kam es zu Übersprunghandlungen wie der Re-
13 gulierung der Staubsaugerleistung oder dem Verbot von Olivenölkännchen auf
14 Restauranttischen. Europa muss aber von den Bürgerinnen und Bürgern getra-
15 gen werden. Wenn diese den Eindruck gewinnen, dass die europäische Verwal-
16 tung immer mehr Kompetenzen an sich zieht, wird die Unterstützung für die eu-
17 ropäische Einigung schwinden.

18 Für die FDP ist Europa immer mehr als nüchternes Wirtschafts- und Friedens-
19 projekt. In dem Europa ohne Schlagbäume und bürokratischen Hemmnissen spü-
20 ren wir von je her die Freiheit, von der unsere Eltern und Großeltern im Schat-
21 ten von Kriegen und wirtschaftlicher Not geträumt haben. Diese Leidenschaft für
22 die europäische Idee vermischen wir. Die Europawahl im nächsten Jahr gibt uns
23 die Chance, die europäische Idee neu zu beleben und Europa wichtige Impulse
24 mit auf dem Weg zu geben.

25 Wir wollen, dass Europa den Weg der Vertiefung weitergeht und dabei zu ei-
26 nem Staatenverbund im Rahmen einer politischen Union mit festen föderalen
27 Grundsätzen, demokratischen Strukturen und einer klaren subsidiären Ordnung
28 wird. Europa muss vereint, darf aber nicht vereinheitlicht werden. Entscheidend
29 ist, dass die EU sich auf ihre Kernkompetenzen konzentriert und Regelungsver-
30 suche in Bereichen unterlässt, die besser auf Ebene der Mitgliedstaaten erledigt
31 werden können. Die Eurokrise ist dafür ein Beispiel. Die Problemstaaten Europas

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 30

32 und damit deren Souverän dürfen nicht aus Ihrer Eigenverantwortung entlassen
33 werden. Die weitere Entwicklung der EU und Europas muss ein ergebnisoffener
34 Prozess auf rechtsstaatlichen, marktwirtschaftlichen und demokratischen Prinzipi-
35 en bleiben.

36 Weder in der Sozial-, noch in der Haushalts-, Steuer, Wettbewerbs- oder Bil-
37 dungspolitik wollen wir die nationalen Regierungen aus ihren Verantwortungen
38 entlassen. Denn für uns ist nur ein Europa lebendig, bei dem Entscheidungen
39 vor Ort und nachvollziehbar getroffen werden. Einen europäischen Zentralstaat
40 lehnen wir von Herzen ab.

41 Sprache ist das entscheidende Instrument für die Vermittlung von Bildung und
42 Kultur. Die Fähigkeit, sich über die Kenntnis der Muttersprache hinaus in weiteren
43 Sprachen der Europäischen Union verständigen zu können, ist eine wichtige
44 Voraussetzung für das weitere Zusammenwachsen der europäischen Völker.
45 Deshalb streben wir langfristig eine gemeinsame Zweitsprache in der Europäi-
46 schen Union an. Hier sind die Mitgliedstaaten in der Pflicht, weil Bildungspolitik
47 nationale Aufgabe ist und bleiben muss.

48 Wir wollen eine Europapolitik, bei der Kritik genauso wie im nationalen Kontext
49 akzeptiert wird, ohne dass man gleich in eine euroskeptische Ecke gedrängt
50 wird. Eine Europapolitik, bei der es normal ist, eigene Interessen zu formulieren
51 und durchzusetzen. Wir wollen eine Europapolitik, bei der jede Aufgabe – ob sie
52 auf Europa übertragen werden soll, oder bereits auf europäischer Ebene lokali-
53 siert ist – eine kritische Bestandsaufnahme bestehen muss. In Rückübertragung-
54 en von Hoheitsrechten auf nationale Ebene sehen wir keine negative Renatio-
55 nalisierung, sondern erkennen es als Ausdruck eines ganz normalen Lernprozes-
56 ses.

57 Von den Bürgern wird Europa oft als eine abstrakte Bürokratenregierung wahr-
58 genommen, die nicht politisch sondern verwalterisch agiert. Um Entscheidungen
59 endlich greifbar und Verantwortliche bestimmbar zu machen, muss sich die Euro-
60 päische Kommission daher zu einer Institution weiterentwickeln, die man auch
61 politisch für Fehlentscheidungen zur Verantwortung ziehen kann. Wir brauchen
62 endlich eine politische Öffentlichkeit für Europa!

63 Als Beitrag zu einem umfassenden Europawahlprogramm sollen folgende
64 Schwerpunkte beschlossen werden:

65 II. Kernforderungen

- 66 • Wir wollen die wirtschaftlichen Chancen, die die Europäische Union und
67 die gemeinsame Währung bieten, nutzen, um durch nachhaltiges Wachs-
68 tum den Wohlstand unserer Bürger zu sichern.
- 69 • Die aktuelle Finanz-, Haushalts- und Wettbewerbskrise können wir nur
70 überwinden, wenn die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ihre Haus-

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 31

- 71 halte konsolidieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit wieder herstellen. Bei
72 diesen Zielen darf es keine Rabatte geben.
- 73 • Wir wollen die Einheit von Freiheit und Verantwortung wieder herstellen.
74 Durch die Europäische Bankenaufsicht muss sichergestellt werden, dass
75 Banken für ihre eingegangenen Risiken die Haftung übernehmen.
- 76 • Eine Vergemeinschaftung von neuen oder alten Schulden durch Euro-
77 bonds oder Schuldentilgungsfonds lehnen wir, egal in welcher Form, ab.
78 Um für künftige Krisen gewappnet zu sein, brauchen wir ein Insolvenzrecht
79 für die Staaten der Europäischen Union.
- 80 • Eine koordinierte europäische Flüchtlingspolitik darf sich nicht nur auf die
81 Sicherung der Außengrenzen beschränken, sondern muss politisch Verfolg-
82 ten Schutz gewähren und Flüchtlingen helfen.
- 83 • Die Aufgaben der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten sollen in
84 einem Föderalismuskonvent klar definiert und abgegrenzt werden. Die Zahl
85 der Kommissare muss sich über die Aufgaben und nicht die Mitgliederzahl
86 definieren. Wir benötigen nicht für jedes Mitgliedsland einen Kommissar.
- 87 • Wir wollen das Europäische Parlament stärken. Politische Initiativen sollen
88 für jeden nachvollziehbar in einem demokratisch legitimierten Parlament
89 beschlossen werden. Wir stehen für den Grundsatz „Recht vor Macht“.
- 90 • Subventionen dürfen kein Selbstzweck sein und müssen in Umfang und
91 Dauer begrenzt sein. Werden sie über längere Zeit gezahlt, schaden sie
92 der Wettbewerbsfähigkeit. Daher fordern wir bestehende Subventionen ab-
93 zubauen und neue zeitlich zu begrenzen.

94 **1. Mehr Subsidiarität und Demokratie in Europa**

95 Kein Prinzip der europäischen Verträge ist so wenig mit Leben erfüllt, wie das
96 Prinzip der Subsidiarität. Die Europäische Union soll und darf nur dann Aufgaben
97 wahrnehmen, wenn andere politische Ebenen die formulierten Ziele nicht in aus-
98 reichenden Maß verwirklichen können. Hierbei sehen wir nicht in jedem grenz-
99 überschreitenden Sachverhalt einen ausreichenden Anknüpfungspunkt für eine
100 europäische Regelung. Gemeinsame Standards auf freiwilliger Basis können je-
101 doch von großem Vorteil für die Bürger und Unternehmen in Europa sein. Euro-
102 papolitik darf nicht länger eine Politik nach dem Motto „Das Schlimmste verhin-
103 dern“ sein, sondern muss endlich eine Diskussion über die maximalen Erfolge für
104 den Bürger werden.

105 Wir unterstützen das Europäische Parlament in der Entwicklung hin zu einem
106 Vollparlament. Symbole der Demokratie – etwa Vollrechte für das Europäische
107 Parlament oder die Direktwahl des Kommissionspräsidenten – lehnen wir so lan-
108 ge ab, wie die Gesamtkonstruktion nicht demokratischen Grundsätzen entspricht.
109 Ein Parlament, bei dem nicht jede Wählerstimme gleichgewichtet ist, kann auch
110 nicht die Rechte eines Vollparlamentes haben.

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 32

- 111 • **Substanzielle Hoheitsübertragungen künftig nur mit Volksabstimmun-**
112 **gen:** Mit dem Vertrag von Lissabon ist eine Stufe der Integration erreicht
113 worden, die die Integrationsfähigkeit des Grundgesetzes in vielen Feldern
114 ausreizt. Künftige Hoheitsübertragungen wollen wir deshalb nur gemeinsam
115 mit den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland gehen. Wir werden uns
116 deshalb dafür einsetzen, dass die Voraussetzungen für Volksabstimmungen
117 auf Bundesebene geschaffen werden. Bei Vertragsänderungen, die unsere
118 Verfassung im Inhalt ändern oder ergänzen, sprechen wir uns für Volksab-
119 stimmungen aus.
- 120 • **Europäischer Föderalismuskonvent:** Um dem Subsidiaritätsanspruch der
121 Europäischen Union gerecht zu werden soll ein Europäischer Föderalis-
122 muskonvent aus Vertretern der Europäischen Union und der nationalen
123 Parlamente eingerichtet werden. Der Konvent soll einen Vorschlag für die
124 Klärung der Zuständigkeit von EU und Mitgliedsstaaten erarbeiten. Dabei
125 muss sich auch die Zahl der EU Kommissare an der Zahl der Aufgaben
126 und nicht der Mitgliedsstaaten orientieren.
- 127 • **Für ein Europäisches Subsidiaritätsgericht:** Um dem Prinzip der Subsidiarität Rechnung zu tragen, treten wir für die Schaffung eines europäischen Subsidiaritäts- und Rechtsgrundlagengerichts ein, bei dem man auch die Rechtsgrundlagen von europäischen Vorhaben gerichtlich überprüfen lassen kann. Es ist ein Schwachpunkt der europäischen Verträge, dass die nationalen Parlamente zwar die Sinnhaftigkeit und die Verhältnismäßigkeit von Regelungen in Frage stellen, nicht jedoch eine fehlende Rechtsgrundlage in den Verträgen rügen können. Dazu können wir uns einen zweiten Senat des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vorstellen, der in Zweifels- und Streitfällen angerufen werden kann und – vor Ausübung der Kompetenz – auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips entscheidet, ob die EU tatsächlich eine Kompetenz ausüben darf.
- 139 • **Nationales Kompetenzgericht:** Integrationsverantwortung bedeutet für uns nicht Verantwortung zur Integration, sondern Verantwortung bei der Integration. In Zweifelsfragen, etwa bei strafrechtlichen Regelungen, kann es fraglich sein, ob die europäischen Rechtsgrundlagen vorliegen oder ob die konkrete Regelung zu stark in die deutsche Verfassungsidentität eingreift. Deshalb streben wir in Deutschland ein speziell auf die Ultra-vires- und die Identitätskontrolle zugeschnittenes verfassungsgerichtliches Verfahren an, durch das der Gesetzgeber abgesichert werden kann, im Einzelfall kompetenzüberschreitende oder identitätsverletzende Unionsrechtsakte in Deutschland unangewendet zu lassen.
- 149 • **Zurückweisungsrecht des Europäischen Rates einführen:** Wir wollen ein verstärktes „droit de refus“ einräumen. Künftig sollen Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit (qualifizierter) Mehrheit Rechtssetzungsvorschläge der Europäischen Kommission zurückweisen können.
- 153 • **Europäisches Parlament stärken:** Das Europäische Parlament wollen wir langfristig zu einem echten Vollparlament mit einem Initiativrecht weiterent-
- 154

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 33

wickeln. Voraussetzung dafür ist eine Reform der Zusammensetzung des Parlamentes. Grundbedingung für ein Vollparlament muss dessen demokratische Zusammensetzung sein. Dazu gehört, dass jede Stimme der Bürgerinnen und Bürgers Europa gleich viel zählt. Zur Wahl des Europäischen Parlamentes sollen die europäischen Parteien zudem mit staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidaten antreten können. Ein echtes Parlament sollte selbst über seinen Sitz entscheiden dürfen. Unserer Meinung nach reicht ein Sitz in Brüssel.

2. Chancen durch Bürger- und Freiheitsrechte umfassend

Die schrecklichen Erfahrungen Europas mit staatlichem Terror, Diktatur und Krieg haben ein gemeinsames Bewusstsein für fundamentale Menschen- und Bürgerrechte geschaffen, wie es in seiner Umfassenheit einzigartig in der Welt ist. Die Europäische Union ist auf diesen gemeinsamen Werten und Freiheitsrechten gegründet. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und der Europäischen Menschenrechtskonvention garantieren diese Rechte. Sie angesichts des Strukturwandels von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft durch die Digitalisierung aller Lebensbereiche zu verteidigen, ist eine der wesentlichen Aufgaben der nächsten Jahre.

Enthüllungen über die weitreichenden und demokratisch weitgehend unkontrollierten Aktivitäten weltweit agierender Nachrichtendienste unterstreichen dabei, dass eine gemeinsame Antwort aller Europäer erforderlich ist, um die gemeinsamen bürgerlichen Freiheitsrechte zu gewährleisten. Es ist inakzeptabel, alle Bürgerinnen und Bürger unter pauschalen Verdacht zu stellen. Wo ständige Überwachung stattfindet, kann es keine freie Entfaltung des Einzelnen und damit keine Freiheit geben. Kein Staat der Welt sollte so mächtig sein, keine Begründung kann so gut sein, freien Bürgerinnen und Bürger in die Schlafzimmer zu schauen. Aufgrund dieser liberalen Grundüberzeugung haben wir dafür gekämpft, dass die Bankdaten oder Fluggastdaten von Millionen von Europäern nicht anlasslos gesammelt, gespeichert und ohne konkreten Verdacht an Drittstaaten weitergegeben werden können und werden weiter für die Sicherung und den Ausbau der Bürgerrechte kämpfen.

• **Herausforderungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit meistern:** Ab dem 01.01.2014 gilt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien. Die Befürchtungen einer gezielten Einwanderung in deutsche Sozialsysteme nehmen wir ernst und wollen den betroffenen Kommunen helfen, wo immer sich die Zuwanderung aus diesen Ländern signifikant verändert. Bestrebungen, deshalb die Arbeitnehmer- und Niederlassungsfreiheit einzuschränken oder gar verstärkte Grenzkontrollen einzuführen werden wir aber entschieden entgegentreten. Wir wollen ein Europa der Freiheiten für jeden Europäer. Für uns gibt es keine Europäer erster und zweiter Klasse.

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 34

196 In den Herkunftsländern müssen zudem die Verhältnisse für Sinti- und Ro-
197 ma verbessert werden. Soziale Ausgrenzung und fehlende staatliche Un-
198 terstützung gehören zu den Ursachen einer verstärkten Zuwanderung.

199 • **Europäische Vertragsverteidigungsbeschwerde einführen:** Wir wollen
200 die Verantwortlichkeit der europäischen Institutionen stärken. Auch wenn
201 Bürgerinnen und Bürger nicht unmittelbar von Handlungen der Organe be-
202 troffen sind, sollten sie künftig vor dem Europäischen Gerichtshof der Uni-
203 on Beschwerde erheben können, wenn ihrer Meinung nach Handlungen ei-
204 nes Organs der Europäischen Union gegen die europäischen Verträge ver-
205 stoßen. Ein möglicher Anwendungsfall wäre zum Beispiel der umstrittene
206 Ankauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank gewesen.
207 Mit der Vertragsverteidigungsbeschwerde wollen wir auch dem Gefühl der
208 Chancenlosigkeit gegen europäisches Handeln entgegenwirken.

209 • **Keine Vorratsdatenspeicherung:** Die Menschen in Europa dürfen nicht
210 unter pauschalen Verdacht gestellt werden. Wir lehnen jede Forderung
211 nach einer Verschärfung der europäischen Richtlinie zur Vorratsdatenspei-
212 cherung, etwa indem sie auf die Kommunikationsdaten von sozialen Netz-
213 werken ausgeweitet werden würde, kategorisch ab und fordern, dass die
214 Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung ersatzlos abgeschafft wird. Ebenso
215 sind die Daten von Mautstationen u.ä. ausschließlich zu Abrechnungszwe-
216 cken zu nutzen und spätestens nach drei Monaten zu vernichten.

217 • **Europäische Forschungsinitiative zur Datensicherheit:** Wir setzen uns
218 gezielt für die Förderung von Forschung und Entwicklung neuer Technolo-
219 gien im Bereich Datensicherheit ein. Damit soll die Abhängigkeit von ameri-
220 kanischen Cloud-Anbietern verringert und die Daten von Bürgern und Un-
221 ternehmen besser geschützt werden. Das Internet ist ein weltweites Projekt
222 der Freiheit, des Welthandels und der Völkerverständigung. Liberale vertei-
223 digen die Freiheit des Internets gegen Bespitzelung und Zensur. Ein "euro-
224 päisches Internet" oder ein "Schengen für Daten" wären weder technisch
225 sinnvoll noch politisch wünschenswert.

226 • **"Safe-Harbor" Abkommen beenden:** Mit dem "Safe-Harbor" Abkommen
227 hat die Kommission zuletzt im Jahr 2010 Grundsätze für die Weitergabe
228 von Daten in Nicht-EU-Staaten beschlossen. Das Abkommen sollte eigent-
229 lich garantieren, dass personenbezogene Daten, die von Europa aus an
230 Unternehmen in den USA übermittelt werden, dort auf Basis der höheren
231 EU-Datenschutzstandards verarbeitet werden. Heute ist klar, dass Unter-
232 nehmen in den USA diesen Datenschutz nicht garantieren können, weil die
233 NSA diese Daten auf Grundlage von US-Recht massenhaft abgreift. Die
234 Kommission sollte keine weiteren Verfahren nach "Safe-Harbor" mehr
235 durchführen, sondern ein internationales Datenschutzabkommen auf den
236 Weg bringen.

237 • **Bürgerrechtsfragen im transatlantischen Freihandelsabkommen mitver-**
238 **handeln:** Wir fordern eine direkte Kopplung des derzeit verhandelten
239 EU-USA-Freihandelsabkommens mit Fragen des Datenschutzes und der

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 35

240 Bürgerrechte. Gespräche über ein transatlantisches Freihandelsabkommen
241 ohne ein transatlantisches Datenschutzabkommen machen keinen Sinn.
242 Die Vereinigten Staaten haben an einer Intensivierung der Wirtschaftsbe-
243 ziehungen ein mindestens so großes Interesse wie Europa. Diese einmali-
244 ge Verhandlungsposition, mit der Wirtschaftskraft von 500 Mio. Europäi-
245 schen Verbrauchern im Rücken muss Europa nutzen, um Handels- mit Bür-
246 gerrechtsfragen neu zu regeln. Dazu gehören auch Fragen der Wirtschafts-
247 spionage. Das Freihandelsabkommen muss im Falle des Zuwiderhandelns
248 von jeder Seite ohne Nachwirkungen jederzeit gekündigt werden können.

249 • **Für eine europäische Flüchtlingspolitik:** Die EU ist mehr als ein Bund
250 geografisch benachbarter Staaten, sondern vielmehr eine Wertegemein-
251 schaft. Daher muss die Einhaltung von Menschen und Bürgerrechten
252 selbstverständlich sein. Eine humanitäre Flüchtlingspolitik ist notwendig, um
253 Flüchtlingen in ihren Heimatländern zu helfen und sie auf Seenot zu retten.
254 Asylverfahren sind europaweit rechtsstaatlich auf den Einzelfall bezogen
255 durchzuführen.

256 • **Europäischen Datenschutz auf hohem Niveau sichern:** Zu einer auf ei-
257 ner hohen IT-Sicherheit in einer freiheitlichen Gesellschaft aufbauenden,
258 europaweiten Strategie gehört auch die Sicherung des in Europa und
259 Deutschland bislang erreichten hohen Niveaus im Datenschutz. Dieses Ni-
260 veau dürfen wir nicht leichtfertig preisgeben und den Fehler begehen, in
261 entscheidenden Punkten der amerikanischen oder britischen Vorgehenswei-
262 se nachzueifern. Die bekannt gewordenen Tatsachen über die Arbeit von
263 NSA und GCHQ sind ein Weckruf für die deutsche und europäische Politik.
264 Die notwendige Harmonisierung des Datenschutzrechtes in Europa darf
265 nicht zu einer Nivellierung auf einem nur durchschnittlichen Niveau führen.
266 Vielmehr sind lediglich Mindeststandards festzulegen, die z.B. die weiterge-
267 henden deutschen Regelungen nicht beeinträchtigen.

268 **3. Den europäischen Wirtschafts- und Währungs-** 269 **raum stärken**

270 Der Euro ist längst das Symbol der europäischen Einigung sowie der europäi-
271 schen Solidarität und Einigkeit geworden. Dazu haben die Anstrengungen und
272 Hilfspakete in den letzten Jahren mehr beigetragen als alle öffentlichen Empfän-
273 ge und politischen Reden zuvor. Der Euro hat mehr als nur eine wirtschaftliche
274 Dimension. Jeder Versuch, die aktuellen Herausforderungen auf rein wirtschaftli-
275 che Fragen zu reduzieren, verkennt die Beweiskraft, die eine erfolgreiche Krisen-
276 bewältigung für den europäischen Weg entfaltet.

277 Bei aller Symbolhaftigkeit werden wir aber unseren wirtschaftlichen Verstand
278 nicht ausschalten. Die Stabilität und der Erhalt unserer gemeinsamen Währung
279 liegen im Interesse der europäischen Wirtschaft, vom Mittelstand bis zum Groß-
280 konzern, aber auch vom Verbraucher bis zum Urlaubsreisenden. Hieraus ergibt

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 36

281 sich die zentrale Herausforderung liberaler Finanz- und Wirtschaftspolitik in Euro-
282 pa: Die Europäische Union muss nach marktwirtschaftlichen und demokratischen
283 Grundsätzen vertieft werden, um Risiko und Haftung sowie Freiheit und Verant-
284 wortung wieder zusammenzuführen. Die Schuldenpolitik einzelner Staaten und
285 Banken darf die Eurozone als Ganzes nicht noch einmal in Gefahr bringen. Des-
286 halb darf es keine gemeinsame Haftung für Staatsschulden oder Unternehmens-
287 schulden geben.

288 Die europäischen Länder haben sich in den Krisenjahren solidarisch gezeigt. Die
289 Stabilisierung der Volkswirtschaften im Euroraum kann zu einem Beispiel für eine
290 erfolgreiche Krisenbewältigung werden. Dazu bedarf es aber der Anstrengung al-
291 ler und dem klaren Bekenntnis, dass Europa nicht zu einer Schuldenunion wer-
292 den darf.

293 Europa wird nur dann erfolgreich sein, wenn wir einen Weg finden, die interna-
294 tionale Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten zu verbessern. Dabei darf es
295 nicht sein, wie zum Beispiel Grüne und SPD im Europäischen Parlament for-
296 dern, dass Mitgliedstaaten ihre Schulden in Form eines Altschuldentilgungsfonds
297 oder durch Eurobonds auf Europa abladen. Vielmehr müssen wir mittelfristig
298 auch über weitere Schritte zur Erreichung einer wirtschaftlichen Koordinierung
299 und Fiskalunion nachdenken. Jugendarbeitslosigkeit und der Zerfall staatlicher
300 und wirtschaftlicher Strukturen in den Krisenländern sind auch deutsche Heraus-
301 forderungen, denen wir uns stellen müssen. Nur wenn Europa zeigt, dass Soli-
302 darität in der Krise funktioniert, haben wir es in der Hand, dass Europa und der
303 Euro gestärkt aus diesen Haushalt-, Finanz- und Wettbewerbsfähigkeitskrisen
304 hervorgehen. Die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Eurozone
305 hat zu einem Ungleichgewicht innerhalb des Zahlungsverkehrssystem Target 2
306 geführt, wodurch Target Salden von mehreren Hundert Milliarden Euro entstan-
307 den. Mittelfristig soll das Zahlungsverkehrssystem reformiert werden. Die Target
308 2 Salden der nationalen Notenbanken müssen dann monatlich ausgeglichen wer-
309 den.

310 Der Austritt eines Landes aus der Eurozone darf nur die Ultima Ratio sein. Wir
311 wissen, dass eine Abwertung nur einen kurzen Effekt auf die Wettbewerbsfähig-
312 keit hätte. Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes hängt aber nicht von seinen
313 monetären Größen ab, sondern seiner Produktionsstruktur und seiner Innovati-
314 onskraft ab. Wir setzen uns daher für grundlegende Strukturreformen ein.

315 • **Stabilitätsunion voranbringen:** Auf dem Weg zu einer echten Stabilitäts-
316 union müssen wir darüber nachdenken, wie wir schwerwiegende und an-
317 dauernde Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt durch wirk-
318 same Sanktionen ahnden können. Ziel muss es sein, Fehlentwicklungen
319 schon im Ansatz wirksam begegnen zu können. Im Krisenfall hat sich der
320 Weg „Unterstützung nur gegen Reformen“ bewährt. Im Wege weiterer Ver-
321 tragsänderungen können wir uns auch ein intensiveres Vorgehen als bisher

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 37

322 vorstellen, bevor akute Krisen entstehen. Dabei sollte aber Finanzierung
323 und Sanktionierung in einer Hand liegen. Wir wollen, dass die EU-Mitglied-
324 staaten auch in Zukunft ihre Budgethoheit behalten und nicht aus der Ver-
325 antwortung zu sorgfältigen Haushalten entlassen werden. Ein europäisches
326 Zugriffsrecht auf die nationale Steuerpolitik lehnen wir ab.

327 • **Kein Altschuldentilgungsfonds, keine Eurobonds:** Eine Vergemeinschaftung
328 alter oder neuer Schulden wird es mit den Liberalen nicht geben. Aus
329 unserer Sicht ist nicht die Vergemeinschaftung von Schulden der richtige
330 Weg, sondern die Übernahme von Verantwortung für die Schulden der
331 Vergangenheit durch die Schuldner.

332 • **Verbindliche Regeln, zeitlich begrenzte Hilfsmaßnahmen für die Euro-**
333 **ro-Zone:** Die Währungsunion kann nur dann dauerhaft bestehen, wenn die
334 marktwirtschaftlichen Grundprinzipien der Stabilitätsgemeinschaft – insbe-
335 sondere das Verbot einer gegenseitigen Budgethilfe der Euro-Staaten
336 (No-Bail-Out-Gebot) – wieder vollständig etabliert werden. Jede Vermis-
337 chung von Verantwortung durch gemeinschaftliche Haftung – egal welcher
338 Spielart – muss ausgeschlossen werden. Die im EFSF und ESM beschlos-
339 senen Hilfen dürfen jedoch nicht dauerhaft durch weitere Maßnahmen der
340 EZB ergänzt oder ersetzt werden. Die vertragliche fixierte Verantwortung
341 der EZB für die Geldwertstabilität muss auch in Zukunft vorrangiges Ziel
342 bleiben. Geld- und aufsichtsrechtliche Kompetenzen dürfen nicht vermischt
343 werden.

344 • **Automatische Stabilisierung stärken:** Um die Umkehr aus den immer
345 größer werdenden Schuldenquoten zu sichern und die Regelung des Euro-
346 päischen Fiskalpaktes auszubauen, geben sich die Defizitländer Fiskalre-
347 geln, um mittelfristig zu einem Abbau der Schulden zu kommen. Werden
348 diese Regeln verletzt, setzen automatische Sanktionen ein. Die Überwa-
349 chung erfolgt anhand von unabhängigen Institutionen.

350 • **Unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen begleiten:** Ziel aller Re-
351 formbemühungen müssen Wettbewerbsfähigkeit und Vollbeschäftigung
352 sein. Diese entstehen nur dort, wo eine gut ausgebildete Bevölkerung ar-
353 beitet, wo Arbeitsmärkte und andere Märkte offen und nicht überreguliert
354 sind, wo fairer Wettbewerb herrscht, wo Investoren sich auf eine leistungs-
355 fähige und schlanke Verwaltung und Justiz verlassen können, wo die Löh-
356 ne nicht schneller als der Produktivitätsfortschritt wachsen, wo die Staats-
357 ausgaben und die Verschuldung in einem tragfähigen Verhältnis zum Brut-
358 toinlandsprodukt (BIP) stehen.

359 • **Faire Steuern, gegen Steuerflucht:** Eine europaweite Harmonisierung von
360 Steuersätzen lehnen wir ab. Der Steuerwettbewerb ist der Ausgleich für die
361 fehlende Möglichkeit der Abwertung von Währungen. Wie in anderen Be-
362 reichen auch, sorgt der Wettbewerb für dauerhaft niedrige und gerechte
363 Steuern, die sich gerade nicht an den höchsten Steuersätzen in der Euro-
364 päischen Union orientieren. Das Gegenstück zu diesem Steuerwettbewerb
365 muss aber sein, dass jeder auch seine Steuern zahlen muss. Es darf nicht

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 38

366 länger zugelassen werden, dass Private wie Unternehmen aufgrund von
367 nicht abgestimmten Regeln und den europäischen Partnern erfolgreiche
368 Steuervermeidungsstrategien umsetzen. Hier wollen wir ansetzen und ein-
369 heitliche europäische Regelungen für die Bemessungsgrundlage schaffen.
370 Mit Nicht-EU-Staaten wollen wir im Rahmen von Steuerabkommen zusam-
371 menarbeiten, nicht mit Ankäufen von Steuer-CDs Konflikte schaffen.

372 • **Bankenunion und Insolvenzrecht für Banken schaffen:** Um den fatalen
373 Kreislauf von Problemen der Banken und der Staatshaushalte zu lösen,
374 wurde eine gemeinsame Bankenaufsicht für die Euro-Zone geschaffen. Wir
375 setzen uns dafür ein, dass systemrelevante grenzüberschreitend tätige eu-
376 ropäische Banken saniert und geordnet abgewickelt werden können. Die
377 Kosten einer Sanierung oder Abwicklung sind vom Finanzsektor und nicht
378 vom Steuerzahler zu tragen. Darüber hinaus lehnen wir eine Refinanzie-
379 rung der Banken aus dem europäischen Rettungs-Fond ab. Zudem setzten
380 wir uns dafür ein, dass der Ankauf von Staatsanleihen durch Finanzinstitu-
381 te innerhalb der Euro-Zone mit Eigenkapital unterlegt werden muss. Dabei
382 ist die Bonität der Staaten, wie heute bei den Unternehmenskrediten, zu
383 berücksichtigen. Außerdem muss die Aufsicht über Banken und andere Fi-
384 nanzinstitute in Europa weiter verbessert werden. In Zukunft soll die euro-
385 päische Bankenaufsicht bei einer unabhängigen europäischen Behörde, die
386 mit den gleichen Befugnissen wie jetzt die Aufsicht bei der EZB ausgestat-
387 tet ist, angesiedelt werden, um Interessenkonflikte zwischen Geldpolitik und
388 Finanzaufsicht zu vermeiden, und die Unabhängigkeit der EZB in der Geld-
389 politik zu garantieren.

390 • **Möglichkeiten der Staaten-Insolvenz schaffen, Austritt aus dem Euro**
391 **ermöglichen:** Das Beispiel der Währungsunion zeigt, wie notwendig flexi-
392 ble Lösungen sind. Wenn ein Land politisch und ökonomisch dem Druck ei-
393 ner Hartwährung nicht gewachsen und sichtlich überfordert ist, seine Wett-
394 bewerbsfähigkeit und Schuldentragfähigkeit innerhalb der Währungsunion
395 wieder herzustellen, gefährdet es auf diese Weise den Fortbestand der
396 Währungsunion als Ganzes. Deswegen sollte in Zukunft neben der Mög-
397 lichkeit einer Staaten-Insolvenz innerhalb des Euro darüber hinaus eine
398 Möglichkeit für Euro-Staaten geschaffen werden, sich ganz oder für eine
399 Übergangszeit aus der gemeinsamen Währung zurückzuziehen, verbinden
400 mit einem Rückkehrrecht, das an klare Konditionen gebunden ist. Wir brau-
401 chen klare Regeln, wie ein zahlungsunfähiges Land mit seinen Gläubigern
402 eine tragfähige Lösung aushandeln kann.

403 • **Sparsamer EU-Haushalt als Beitrag zur Stabilitätsunion:** Die Spirale,
404 dass immer vielfältigere europäische Aufgaben einen immer größeren euro-
405 päischen Haushalt benötigen, wollen wir durchbrechen. Auch die EU ist zur
406 Sparsamkeit angehalten. Die Bestrebungen der Europäischen Union, etwa
407 im Rahmen der Finanztransaktionssteuer, eigene Steuern zu erheben, leh-
408 nen wir strikt ab. Die Europäische Union sollte weiterhin weitestgehend
409 durch die Mitgliedstaaten und dadurch direkt durch die nationalen Parla-

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 39

410 mente finanziert werden. Nur auf diese Weise kann langfristig ein nachhal-
411 tiger Konsolidierungskurs auch für den europäischen Haushalt erreicht wer-
412 den.

413 • **Subventionen abbauen und Hilfen gezielt einsetzen:** Subventionen dür-
414 fen kein Selbstzweck und müssen in Umfang und Dauer begrenzt sein. Der
415 Schwerpunkt sollte klar bei zukunftssichernden Investitionen in Forschung
416 und Entwicklung, Aus- und Weiterbildung, neuen Technologien und ausge-
417 wählten Infrastrukturprojekten liegen, um Europas Wettbewerbsfähigkeit
418 langfristig zu sichern. Um Fehlinvestitionen zu vermeiden, müssen diese
419 Subventionen regelmäßig auf ihre Berechtigung überprüft werden und in
420 Gesamtvolumen und Laufzeit begrenzt werden, da sie sonst der Wettbe-
421 werbsfähigkeit schaden. Die EU-Kommission sollte ihre Strukturfonds und
422 die Europäische Investitionsbank gezielt nutzen, um durch Investitionen das
423 Wachstum in Ländern mit bestehenden Leistungsbilanzdefiziten zu unter-
424 stützen.

425 **4. Zukunft der Europäischen Union mitgestalten**

426 Europa ist unsere Zukunft. Aus dieser Feststellung ziehen wir das Selbstbe-
427 wusstsein, uns unsere eigenen Gedanken zur Zukunft der Europäischen Union
428 zu machen. Die Besonderheit der Struktur der EU liegt darin, dass sie weder ein
429 Bundesstaat noch ein Staatenbund ist, sondern ein freiwilliger Zusammenschluss
430 von rechtstaatlich verfassten Demokratien. Diese haben sich darauf geeinigt, als
431 gleichberechtigte Partner verschiedene Bereiche Ihrer Wirtschafts-, Finanz-, Sozi-
432 al-, und Sicherheitsstrukturen freiwillig einander anzupassen, um gemeinsam
433 agieren zu können.

434 Wir begreifen die europäische Integration als offenen Lernprozess. Europa muss
435 vereint, darf aber nicht vereinheitlicht werden. Dort wo es Fehlentwicklungen ge-
436 geben, oder sich der historische Kontext geändert hat, können wir uns auch
437 Rückübertragungen von Hoheitsrechten auf die Mitgliedstaaten vorstellen.

438 In den nächsten Jahren gilt es, gemeinsam mit den EU-Bürgern ein transparen-
439 tes Verfahren zu entwickeln, welches Vorschläge für die Verlagerung von Kom-
440 petenzen von den Mitgliedsstaaten auf die europäische Ebene oder auch zurück
441 entwickelt.

442 Wir wollen, dass Europa den Weg der Vertiefung weitergeht und dabei zu ei-
443 nem Staatenverbund im Rahmen einer politischen Union mit festen föderalen
444 Grundsätzen, demokratischen Strukturen und einer klaren subsidiären Ordnung
445 wird.

446 Wir wollen den Weg der Erweiterung der Europäischen Union verantwortungs-
447 voll weitergehen. Dazu müssen nicht nur die Beitrittskandidaten die in den Euro-
448 päischen Verträgen vorgesehenen Bedingungen dauerhaft erfüllen. Auch die Eu-
449 ropäische Union selbst muss ihre Strukturen anpassen und aufnahmefähig sein.

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 40

450 Die Aufnahmefähigkeit darf dabei jedoch nicht als neues, unbezwingbares, weil
451 vom Kandidatenland gar nicht zu beeinflussendes, Beitrittskriterium hochstilisiert
452 werden.

453 Für alle weiteren Erweiterungsschritte gilt: Rabatte bei der Erfüllung der Kriterien
454 wie in der Vergangenheit darf es nicht geben. Entschlossene rechtsstaatliche
455 Reformen und ein gesamtstaatlicher Modernisierungskurs hin zu EU-Standards
456 sind die Voraussetzung für eine Aufnahme in die Europäische Union.

457 **5. Europäische Sicherheits- und Außenpolitik**

458 Um einen relevanten Einfluss auf das Weltgeschehen ausüben zu können,
459 muss die Europäische Union stärker als bisher mit einer Stimme sprechen. Der
460 Europäische Auswärtige Dienst ist ein wichtiger Schritt zur Koordinierung der Au-
461 ßenpolitik der Länder der Europäischen Union. Die wirtschaftliche Leistungsfähig-
462 keit der Europäischen Union verlangt eine verantwortliche Wahrnehmung regio-
463 naler und globaler Sicherheitsinteressen. Wir wollen die Akzeptanz der Hohen
464 Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik stärken, um dieses Ziel besser errei-
465 chen zu können.

466 Eine Europäische Armee ist aktuell nicht realisierbar. Darüber hinaus sind die
467 Verfassungsgrundlagen für militärische Einsätze in Europa sehr unterschiedlich.
468 Die EU Battlegroups und gemeinsame Einsätze im Rahmen der GASP hingegen
469 bieten große Vorteile und Synergien. So können sich die Armeen einzelner Mit-
470 gliedsstaaten stärker spezialisieren. Auch gemeinsame Beschaffungsprojekte bie-
471 ten ein beachtliches Einsparpotential.

472 Nachrichtendienste sind ein unverzichtbarer Bestandteil nationaler Sicherheits-
473 strategien. Durch Spionage entstehen große Sicherheitsrisiken und wirtschaftli-
474 cher Schaden. Eine juristische Verfolgung ist daher unabdingbar. Es wird aber
475 immer Personen und Staaten geben, die in Europa Spionage, egal zu welchem
476 Zweck und, egal ob es verboten ist, betreiben. Wir setzen uns daher für einen
477 effizienten Schutz durch innovativen und zeitgemäßen Datenschutz ein und sind
478 der Auffassung, dass zu Abwehr von Spionage auch ein effektiver nachrichten-
479 dienstlicher Abwehrmechanismus gehört.

480 Durch die gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung in den Bereichen
481 der Datensicherheit, Telekommunikations- und Informationstechnologie wollen wir
482 die Sicherheit der Daten unserer Bürger und Unternehmen erhöhen. Darüber hin-
483 aus müssen aber auch die europäischen Nachrichtendienste mit der technologi-
484 schen Entwicklung Schritt halten, da ihre Arbeit für den Erfolg militärischer Ein-
485 sätze aber auch zur Verhinderung von großer Bedeutung ist.

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 41

486 **6. Effiziente und bezahlbare Energiepolitik**

487 Eine erfolgreiche EU-Energiepolitik bedeutet für die FDP, sich auf EU-Ebene für
488 einen möglichst kostengünstigen Umbau der Energieversorgung einzusetzen.
489 Wir müssen weg von starren und ineffizienten und wettbewerbsverzerrenden, na-
490 tionalen Subventionssystemen. Nur so können Europa als Wirtschaftsstandort
491 und Deutschland als sein wichtigster Industriestandort dauerhaft wettbewerbsfä-
492 hig bleiben. Dazu benötigen wir, flankiert von einem grenzüberschreitenden Netz-
493 ausbau, ein abgestimmtes ambitioniertes europäisches Quotensystem, ohne Vor-
494 gaben für den Anteil einzelner erneuerbarer Energieträger. In einem solchen Sys-
495 tem werden erneuerbare Energien dort erzeugt, wo die Bedingungen am besten
496 sind: Solarenergie, wo die Sonne besonders intensiv scheint, und Windenergie,
497 wo der Wind am stärksten weht.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Europaparteitag der FDP, Bonn
19. Januar 2014**

Seite 42

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 43

Antrag 801

Betr.: Liberale Europapolitik ist Zukunftspolitik

Antragsteller: Landesverband Baden-Württemberg

Der Euopaparteitag möge beschließen:

1 „Zur Verwirklichung eines vereinten Europa wirkt die Bundesrepublik Deutschland
2 bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechts-
3 staatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist (...).“
4

5 (Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art. 23 Abs. 1 Satz 1)

6 Die FDP will ein bürgernahes und rechtsstaatlich verfasstes Europa. Dieses Eu-
7 ropa muss eine Einheit in Vielfalt darstellen, das seine Kräfte bündelt, wo es not-
8 wendig ist. Entscheidungen müssen effizient und transparent getroffen werden.
9 Die demokratische Kontrolle durch das direkt gewählte Europäische Parlament
10 und die Parlamente der Mitgliedsstaaten und das Prinzip der Subsidiarität müs-
11 sen gestärkt werden.

12 Der Grundgedanke der Europäischen Einigung muss im Vordergrund stehen.
13 Die Europäische Union ist weit mehr als eine Freihandelszone oder eine Wirt-
14 schaftsgemeinschaft. Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft und ein
15 Friedensprojekt. Sie vereint rund 500 Millionen Menschen in 28 Mitgliedsstaaten,
16 die sich alle als parlamentarische Demokratien auf die Einhaltung der gemeinsa-
17 men demokratischen, rechtsstaatlichen und sozialen Grundsätze verpflichtet ha-
18 ben.

19 Liberale Europapolitik ist Zukunftspolitik. Die Einigung Europas ist unsere Antwort
20 auf eine sich verändernde und zunehmend vernetzte Welt. Die Weltbevölkerung
21 steigt weiter an während die Bevölkerung in Europa stagniert oder zurückgeht.
22 Der Anteil Europas an der Weltbevölkerung ist zurückgegangen. Die politischen
23 und ökonomischen Gewichte verschieben sich zunehmend in andere Weltregio-
24 nen. Kein Land in Europa kann seine Probleme noch aus eigener Kraft lösen.
25 Nur ein gemeinsames Europa kann seiner weltweiten Verantwortung gerecht wer-
26 den. Die Europäische Union ist der stärkste Wirtschaftsraum der Welt. Gerade
27 die exportorientierte Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland profitiert stark
28 vom gemeinsamen Binnenmarkt. Von den deutschen Exporten im Jahr 2012 mit
29 einem Volumen von rund 1000 Milliarden gingen über 60% in die EU.

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 44

30 Die FDP versteht sich als **die** Europapartei. Sie ist eingebettet in die Allianz der
31 Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), der Dachverband liberaler Partei-
32 en in Europa, der 1976 in Stuttgart gegründet wurde.

33 Europa steht vor großen Herausforderungen. Viele Bürgerinnen und Bürger neh-
34 men aktuell angesichts der Staatsschuldenkrise in einigen Mitgliedsstaaten eher
35 die Probleme als die Chancen der Europäischen Union (EU) wahr.

36 **Wir Liberalen wollen:**

- 37 • den stabilen Euro
- 38 • die Weiterentwicklung der Wirtschafts- & Währungsunion zu einer politi-
39 schen Union
- 40 • kein Europa der Bürokraten, sondern ein Europa der Bürger
- 41 • keine EU, die sich regulierend in alle Lebensbereiche einmischt
- 42 • keinen europäischen Zentralstaat
- 43 • als langfristiges Ziel einen, durch eine europaweite Volksabstimmung legiti-
44 mierten, europäischen dezentralen Bundesstaat

45 I) Demokratie für Europa

46 1. Wir Liberalen setzen uns für ein Europa der Bürger ein. Hierfür sollten die
47 demokratische Legitimation und die Kontrollfunktionen der Europäischen
48 Union ausgebaut werden. Wir wollen, dass das Europäische Parlament ein
49 Vollparlament mit gleichberechtigtem Initiativrecht in der Gesetzgebung
50 wird. Wir wollen, dass die europäischen Parteien künftig mit staatenüber-
51 greifenden Listen antreten.

52 2. Das Resultat der Europawahlen sollte sich auch in der Zusammensetzung
53 der Europäischen Kommission widerspiegeln. Um die Effizienz der Kommis-
54 sion zu erhöhen, fordern wir ihre Verkleinerung.

55 3. Eine dezentrale Entscheidungsfindung stärkt Europa. Anstelle von Bürokra-
56 tie und Zentralismus plädieren wir für starke Regionen, die nahe am Bürger
57 sind. Um Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit auch institutionell besser ab-
58 zusichern, streben wir die Einführung eines europäischen Subsidiaritätsge-
59 richts an, das Kompetenzverstöße feststellen kann. Um die bestehende
60 Vielfalt Europas zu erhalten und auch zu stärken sollen unsere Abgeord-
61 neten im Europäischen Parlament alle Vorschläge für Richtlinien und Ver-
62 ordnungen auf Subsidiarität überprüfen.

63 4. Um die Kontrollmechanismen innerhalb der Europäischen Union zu stärken,
64 plädieren wir für ein ausgewogenes System von „checks and balances“ im
65 Europäischen Mehrebenensystem, in dem der Ministerrat der Europäi-
66 schen Union als gleichberechtigte Länderkammer seine Rolle wahrnimmt.

67 5. Wir fordern einen neuen EU-Vertrag, auszuarbeiten von einem EU Kon-
68 vent, der sich aus Abgesandten aller europäischer Regierungen und aller
69 Parlamente zusammensetzt.

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 45

70 6. Basis für ein „Europa der Bürger“ ist eine europäische Zivilgesellschaft.
71 Denn die gemeinsame politische Willensbildung innerhalb einer aktiven Bür-
72 gergesellschaft kann die Akzeptanz der Europäischen Union als Entschei-
73 dungsorgan erhöhen. Daher begrüßen wir die Fortführung des Programms
74 „Europa für Bürgerinnen und Bürger“. Die Fördertatbestände scheinen in
75 Hinblick auf die Schaffung einer europäischen Zivilgesellschaft jedoch noch
76 ausbaubar.

77 II) Rechtsstaat für Europa

- 78 • Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und die Europäische
79 Menschenrechtskonvention müssen in allen EU-Mitgliedstaaten ungeachtet
80 der politischen Couleur der jeweiligen nationalen Regierung geachtet wer-
81 den. Entwicklungen wie zum Beispiel in Ungarn und Rumänien, die das
82 Gleichgewicht der politischen Kräfte durch einen überzogenen Machtan-
83 spruch der Regierung gefährden, werden wir deshalb weiterhin entschlos-
84 sen entgegenzutreten.
- 85 • Wir wollen unsere gemeinsamen Werte stärken und schützen und dazu
86 das Verfahren der europäischen Rechtsstaatskontrolle verbessern. Bisher
87 kann die EU nur handeln, wenn bereits schwerwiegende und dauerhafte
88 Verletzungen der gemeinsamen europäischen Werte eingetreten sind. Wir
89 wollen unterhalb dieser Schwelle des Artikels 7 des EU-Vertrags einen an-
90 angemessenen Mechanismus schaffen, der es der Europäischen Kommission
91 erlaubt, die europäischen Grundwerte in den Mitgliedstaaten zu verteidigen
92 und nötigenfalls spürbare und angemessene Sanktionen zu verhängen.

93 III) Einheit und Vielfalt für Europa

- 94 • Wir setzen uns dafür ein, dass die EU nach außen als Einheit auftritt. Dies
95 gilt insbesondere in den Bereichen der Außen-, Sicherheits-, und Handels-
96 politik. Gleichzeitig muss die EU nach innen ihre Vielfalt beibehalten.
- 97 • Das gegenseitige Verständnis der kulturellen Unterschiede ist zu stärken
98 und ein Gefühl des Miteinanders zu erwecken. Dies kann durch Städtepart-
99 nerschaften, die Fortführung und den Ausbau der Austauschprogramme,
100 die Förderung der Zweisprachigkeit und die Zusammenarbeit in und von
101 Grenzregionen, gelingen. So können wir die europäische Identität stärken
102 und zur Bekämpfung von Vorurteilen beitragen.

103 Ein Element der europäischen Öffentlichkeit ist eine paneuropäische Berichter-
104 stattung mit Medien, deren Reichweite über den Nationalstaat hinausreicht. Die
105 Finanzierung dieser Medien darf nicht ausschließlich abhängig von EU-Mitteln
106 sein. Trotzdem sehen wir einen Bedarf solche Ansätze zu unterstützen, dazu
107 fordern wir:

- 108 • Recherchemittel insbesondere für freie Journalisten, die sich Themen mit
109 europäischem Mehrwert widmen wollen.

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 46

- 110 • Einen europäischen Medienpreis einzurichten, der Beiträge der politischen
111 Berichterstattung prämiert.
- 112 • Zu prüfen ob und wie ein Sender nach dem Vorbild von z.B. Phoenix ein-
113 gerichtet werden kann, der - organisiert als Anstalt öffentlichen Rechts –
114 europäische Politik als Schwerpunkt hat, die Arbeit des europäischen Parla-
115 ments begleitet und auch regelhaft dessen Debatten überträgt.

116 IV) Freizügigkeit für Europa

- 117 • Die Freizügigkeit für Arbeitnehmer, Unternehmer, Dienstleister und Studen-
118 ten ist ein Eckpfeiler der inneren Ordnung der EU. Die Reisefreiheit gehört
119 zu den kostbarsten Errungenschaften der Europäischen Union und darf
120 nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

121 V) Wettbewerb und solide Haushalte für Europa

- 122 • Ein starkes Europa gibt es nur mit einer stabilen Währung. Die Vorausset-
123 zungen einer stabilen Währung sind eine unabhängige Europäische Zen-
124 tralbank und ausgeglichene Haushalte.
- 125 • Der einheitliche Binnenmarkt mit seinem fairen und unverfälschten Wettbe-
126 werb ist ein Eckpfeiler der wirtschaftlichen Ordnung der EU. Er garantiert
127 uns Wachstum und Wohlstand.
- 128 • Nach den Prinzipien Solidarität und Solidität setzen wir bei der Bewältigung
129 der Schulden-, und Finanzkrise auf Geldwertstabilität und Strukturreformen
130 in den Mitgliedsstaaten.
- 131 • Nationale Schuldenbremsen und Stabilitätsmechanismen unterstützen uns
132 auf dem Weg zu einer Stabilitätsunion.
- 133 • Wir Liberale sprechen uns gegen die Vergemeinschaftung von Schulden,
134 insbesondere durch Eurobonds, aus. Das Prinzip, dass jeder Mitgliedsstaat
135 für seine eigenen Schulden haftet, muss erhalten bleiben (no-bailout-Klau-
136 sel). Eine Haftungsunion nimmt den Reformdruck von wettbewerbsschwa-
137 chen Staaten.

138 VI) Erweiterung für Europa

- 139 • Wir sehen in der Erweiterung der EU eine große Chance, sofern und so-
140 weit Kandidaten beitragsfähig sind und die Europäische Union aufnahmefä-
141 hrig ist. Außerdem bestehen wir darauf, dass die EU institutionell voran-
142 kommt, bevor sie weiteren Aufnahmen zustimmt.
- 143 • Wir werden darauf achten, dass diese Aufnahmevoraussetzungen strikt
144 eingehalten werden. Jedes neue Mitglied muss vor einer Entscheidung
145 über seine Aufnahme alle offenen Streitfragen mit seinen Nachbarn ab-
146 schließend lösen. Dies gilt insbesondere auch für die Staaten des westli-
147 chen Balkans.

148

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 47

149 VII) Eine Europäische Verfassung

150 Parallel zu Verhandlungen über die Erweiterung der EU und zur Aufnahme wei-
151 terer Staaten muss die Verabschiedung einer EU-Verfassung vorangetrieben
152 werden, um die komplexen Vertragswerte abzulösen und eine solide Basis der
153 Rechtsstaatlichkeit der EU herzustellen.

154 VIII) Europäische Außen- und Sicherheitspolitik

155 Die FDP verfolgt langfristig das Ziel einer echten gemeinsamen Außen-, und Si-
156 cherheitspolitik und die Schaffung europäischer Streitkräfte unter parlamentari-
157 scher Kontrolle. Die Erfolge in diesen Politikbereichen in den vergangenen vier
158 Jahren waren überwiegend ernüchternd. Ziel der kommenden vier Jahre ist es
159 daher, bei praktischen Fragen der GASP spürbare Fortschritte zu erzielen.

160 Der europäische diplomatische Dienst ist so weiterzuentwickeln, dass Bürger in
161 einer Vertretung der europäischen Union alle konsularischen Angelegenheiten so
162 erledigen können, wie in einer nationalen Botschaft. Dies würde insbesondere
163 den kleineren Mitgliedsländern eine umfassende weltweite Präsenz ermöglichen,
164 bei verringerten Kosten. Zusätzlich müssen Kombinationen mit nationalen Vertre-
165 tungsanteilen möglich sein, so dass gemischte Botschaften möglich sind. Wenn
166 ein Land trotzdem eine eigene Repräsentanz behalten möchte, sei dies unbe-
167 nommen. Das System könnte so das langfristig bessere Angebot darstellen und
168 sich durchsetzen. Der bisherige Weg zu 28 Vertretungen eine 29. hinzuzufügen
169 verspricht wenig Mehrwert bei hohen Mehrkosten.

170 Europa hat derzeit in 28 nationalen Streitkräften 2 Millionen Soldaten unter Waf-
171 fen und gibt dafür ca. 200 Mrd. Euro jährlich aus. Die Mehrfachstrukturen bei der
172 militärischen Organisation, Rüstungsentwicklung und Rüstungsbeschaffung füh-
173 ren nicht zu einer besseren Leistungsfähigkeit, zum Beispiel im Vergleich zu den
174 USA. Liberale wollen diese Zersplitterung überwinden. In einem ersten Schritt
175 müssen Rüstungsentwicklung und Rüstungsbeschaffung so abgestimmt werden,
176 dass gemeinsames Handeln der nationalen Streitkräfte in europäischen Militär-
177 missionen aufwandsarm möglich ist. Eine europäische Streitkräfteplanung muss
178 zu einem abgestimmten Streitkräftekonzept führen, das die Fähigkeiten einer Vol-
179 larmee gesamteuropäisch sichergestellt. Dies gilt insbesondere für knappe und
180 teure Ressourcen wie Luftkampffähigkeit, Lufttransportkapazitäten aber auch für
181 gepanzerte und ungepanzerte Kampftruppen. Der europäische Sparzwang kann
182 so sinnvoll zu einer Abrüstung unter Beibehaltung der gesamteuropäischen Ope-
183 rationsfähigkeit genutzt werden.

184 IX) Flüchtlingspolitik

185 Die europäische Flüchtlingspolitik hat sich nicht bewährt. Das vorrangige Ziel ille-
186 gale Einwanderung abzuwehren wird dem Problem nicht gerecht. Das Prinzip, ein
187 Asylverfahren ausschließlich im ersten europäischen Ankunftsland durchlaufen

Europaparteitag der FDP, Bonn

19. Januar 2014

Seite 48

188 zu müssen, überfordert die Mittelmeeranrainer und dies häufig zu Lasten der
189 Flüchtlinge.

190 Wir wollen, dass Europa in der Welt ein sicherer Zufluchtsort für politisch Ver-
191 folgte ist. Deswegen setzen wir uns für eine europaweite menschenwürdige Re-
192 gelung des Grundrechts auf Asyl und einen Europäischen Verteilungsschlüssel
193 für Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge – ähnlich dem Königsteiner-Schlüs-
194 sel in Deutschland – ein. Ziel darf dabei nicht der kleinste gemeinsame Nenner
195 sein.

196 Wir werden den einstweiligen Rechtsschutz in Dublin-Fällen gesetzlich so regeln,
197 dass er dem Gebot des effektiven Rechtsschutzes und den Anforderungen der
198 Dublin-III-Verordnung genügt. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen sind deren Not-
199 lage und Bedürftigkeit entscheidend und nicht die Religionszugehörigkeit. Wir
200 dringen darauf, dass es bei der Rückführung von abgelehnten Bewerbern in an-
201 dere EU-Länder eindeutige und gemeinsame Bestimmungen über sichere Dritt-
202 staaten gibt.

203 Kurzfristig ist das gesamte Frontex-System auf den Prüfstand zu stellen. Das Ziel
204 der Sicherung der EU-Außengrenzen, welches wir ausdrücklich unterstützen,
205 muss ohne Inkaufnahme massenhafter Todesfälle gewährleistet werden. Auch
206 Flüchtlinge haben einen Anspruch auf ein Leben in Würde und das Streben
207 nach persönlichem Glück.

208 Eine langfristige Lösung muss bei den Ursachen ansetzen. Die europäische Au-
209 ßenpolitik und die europäische Entwicklungszusammenarbeit sollen dazu beitra-
210 gen die wirtschaftliche Situation in den Herkunftsländern zu verbessern und be-
211 stehende Konflikte zu entschärfen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.